zeck

Dokument der Agenten der Roten Flora

Nummer 188 // September / Oktober 2015



Hallo zusammen,

es ist mal wieder soweit. Man kann nicht soviel essen wie man kotzen möchte. Deutschland, Kaltland zeigt sein Gesicht. Während an der EU-Außengrenzen 1000e Flüchtlinge ums Leben kommen formiert sich hierzulande der braune Mob um die, die es bis hierher schaffen anzugreifen. Rund 500 Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte sind seit Jahresbeginn zu verzeichnen. Bei aller Phantasie können wir es uns beim besten Willen nicht vorstellen das hunderte Linke sich an einem Ort in diesem Land mehrere Tage am Stück mit Bullen anlegen könnten ohne die gesamte Gewalt des Staates zu spüren zu bekommen. Das hat sich ja dann auch eindrucksvoll am Sonntag denn 23.08. gezeigt als die Antifademo in Heidenau massiv von den Bullen angegriffen wurde. Am 12.9. wollen nun Nazis ihre rassistische Hetze in Hamburg verbreiten. Zeigen wir ihnen was wir davon halten.

In diesem Heft findet ihr auch erneut einen Artikel zu einer enttarnten verdeckte Ermittlerin. Während wir denn Fall „Iris Plate" immer noch am verdauen sind, wurde nun bekannt das eine weitere verdeckte Ermittlerin eingeschleust wurde. Maria Böhmichen agierte unter der Scheinidentität Maria Block von 2009 bis 2012. Wir veröffentlichen den erschienenen Artikel, in leicht gekürzter Form, in unserem Blatt. Bei aller Betroffenheit die jetzt auf persönlicher Ebene zum Tragen kommt müssen wir uns klar sein das solche Angriffe auf unsere Strukturen polizeilicher Alltag sind. Es wird darum gehen müssen unsere, ohne in Paranoia und Angst zu verfallen, Standards zu unserer Sicherheit neu zu entwickeln bzw. wieder verstärkt ins Bewusstsein zu rücken.

Der Prozess gegen die vermeindlichen Besetzer innen der Breitenstr. hat am 25.08. turbulent mit einer Räumung des Gerichtssaales begonnen. Der Verurteilungswille des Staates steht klar im Raum und es lieg an uns den Betroffenen den Rücken zu stärken. Also kommt zahlreich zu den noch stattfindenden Prozesstagen.

Wir wünschen Euch viel Spass beim Schanzenfest das dieses Jahr Feuer und Flamme für Antiolympia ist.

Wir lesen uns dann wieder in zwei Monaten. Texte wie immer bis zum 20. diesmal Oktober.

Eure Zeck



Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt **Seite**

KURZES

35 Jahre nach dem rassistischen Brandanschlag in der Halskestraße



Bei einer Kundgebung in der Hamburger Halskestraße gedachten am 22. August gut 100 Menschen den beiden Opfern des rassistischen Brandanschlags vor 35 Jahren, Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân.
Mit der Kundgebung wollte die "Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân" ihren Forderungen Nachdruck verleihen: Umbenennung der Halskestraße und der dortigen Bushaltestelle nach den beiden Opfern sowie Installierung einer Gedenktafel, die die Ereignisse dokumentiert und an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân erinnert.
Nachdem dieser Anschlag für Jahrzehnte in Vergessenheit geraten war, hatte im August 2014 eine erste Gedenkkundgebung vor Ort stattgefunden. In dem Gebäude, in dem 1980 gut 240 Geflüchtete untergebracht worden waren, befindet sich heute ein Hotel der Amedia-Kette. Die Gedenktafel, die im vergangenen August dort angebracht worden war, wurde mit den niedergelegten Blumen unmittelbar nach der Kundgebung durch Angestellte des Hotels entfernt. Heute wurde diese Tafel provisorisch neu aufgestellt. Ein Vertreter der Initiative erklärte dazu, man werde so lange wiederkommen, bis diese Tafel dauerhaft am Ort des Anschlages ihren Platz erhalten würde. Bislang hat die Leitung des Hotels wiederholte Angebote, gemeinsam ein würdiges Gedenken zu gestalten, mit Schweigen kommentiert.
Mehrere Redner_innen der Kundgebung wiesen in ihren Beiträgen darauf hin, wie dringlich ein Gedenken und die Erinnerung an die vielen Opfer rassistischer Anschläge seit 1980 gerade heute ist, wo bundesweit erneut fast täglich Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte stattfinden und organisierte Neonazis und selbsternannte "Asylkritiker" rassistische Stimmungsmache betreiben. So gab es in der Nacht zum Freitag einen Brandanschlag gegen ein Containerdorf in Berlin-Marzahn. In Marzahn hat heute "Deutschland demobilisieren" solidarisch mit der Hamburger Veranstaltung zu einer Kundgebung aufgerufen, um des Anschlags in der Halskestraße und des 23. Jahrestags des Beginns des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen sowie Nguyễn Van Tu und Cha Dong N. zu gedenken, die 1992 und 2008 in Marzahn von Rassisten erstochen worden waren.
Die Forderungen der Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân werden mittlerweile von zahlreichen Initiativen und Einzelpersonen unterstützt. Diese sind auf der Homepage der Initiative dokumentiert.
Link: inihalskestrasse.blackblogs.org

Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân

****

Refugees welcome im Karoviertel

St. Pauli ist solidarisch mit den Flüchtlingen in den Messehallen

In den Messehallen sind ab Anfang August vorübergehend bis zu 1200 Flüchtlinge untergebracht.
Nach einer ersten kleinen Stadtteil-Versammlung im Knust, zu der fast 500 Leute kamen, haben sich viele verschiedene Arbeitsgruppen gebildet. Es gibt beispielsweise die Arbeitsgruppen Kleiderkammer, Rechtsberatung, Telefoni, Übersetzungen, Wohnen & Leerstand, Deutschkurse, Fahrrad, eine Arbeitsgruppe zu Gesundheit, eine zu Foundraising und eine AG Willkommensfest auf dem Karolinenplatz. Letzteres hat bereits erfolgreich stattgefunden.
Für die AGs hätten sich nach Angaben der Organisatoren bereits rund 200 Helfer/innen gemeldet und die meisten haben bereits begonnen, ihre Ideen umzusetzen.
Mit einer ebenfalls auf der Stadtteil-Versammlung verabschiedeten Resolution erklären Karoviertel und St. Pauli den Flüchtlingen ein deutliches Willkommen:
„Refugees Welcome – Never mind the papers! Welchen Aufenthaltsstatus die europäische Flüchtlingspolitik den Menschen zuweist, interessiert uns nicht. Wer hier angekommen ist, gehört dazu und bleibt", heißt es in der Resolution. Die Stadtteilversammlung forderte u.a., dass alle Flüchtlinge Zugang zum regulären Arbeitsmarkt, zur gesetzlichen Krankenversicherung, zu Sprachkursen, Bildungseinrichtungen und Weiterbildung haben müssen. Es gebe genug Leerstand in Hamburg, um menschenwürdige Unterkünfte für die zu schaffen.
Kontakt für alle interessierten Mithelfer_innen:
Email: refugeeswelcome20357@web.de
Links: refugeeswelcome20357.wordpress.com,
de.wikipedia.org/wiki/Kritik_an_Facebook

****

Moin,
am **Samstag, den 24.10.2015,** wird es zum ersten Mal in der Roten Flora von 12 bis 21 Uhr ein D.I.Y Fest unter dem Namen **„D.I.Y. Against Profit Fest"** stattfinden. Neben verschiedenen Infoständen von politischen Gruppen/Initiativen, Platten sowie Zines Ständen wird es auf dem Fest auch diverse Workshops und Vorträge geben. Das alles bei freiem Eintritt. Noch dazu wäre für veganes Essen und Trinken gesorgt. Alles wird immer teurer und Menschen können sich vieles nicht mehr leisten. Konzerne machen Profite und verdienen Milliarden, weil viele Menschen alles neu kaufen und konsumieren. Gibt es Alternativen zu dieser Entwicklung ? Ja die gibt es. „D.I.Y. = Do It Yourself" wird schon immer in sozialen Bewegungen oder in Musik Subkulturen umgesetzt, weil es kein oder nur wenig Geld gibt Ideen umzusetzen. Das Leben kann einfacher und schöner sein, wenn wir alleine oder zusammen mit Freund*innen selber kreativ und aktiv werden und nicht nur konsumieren, sondern selber etwas erschaffen. In sozialen Bewegungen sowie in Musik/Kultur Subkulturen werden sehr häufig unkompliziert kreative Ideen umgesetzt, weil es aus Leidenschaft gemacht wird und nicht aus kommerziellen Gründen. Genau deswegen ist das Fest umsonst, damit wirklich jeder Mensch die Möglichkeit hat vorbeizuschauen oder mitzumachen und nicht ausgeschlossen wird aufgrund finanzieller Barrieren. Wir wollen mit diesem Fest Menschen zusammenbringen, die ihre Fähigkeiten kostenlos weitergeben können und Andere motivieren selbst aktiv zu werden und Netzwerke aufbauen. Nicht alle Räume sind barrierefrei zu erreichen, maile uns bitte vorab bzw. sprich uns direkt am Infostand an, dann helfen wir dir gerne weiter.
Wir distanzieren uns von menschenverachtenden Ansichten und Ideologien wie: Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Islamophobie, Homoophobie, Sexismus, und Ähnlichem…. Menschen die solche Ansichten/Ideologien haben bzw. mit diesen sympathisieren bleiben draußen!
Wir freuen uns auf euch euch.

Gegen Olympia und deutsche Zustände auf die Straße: Das anti-olympische Schanzenfest in Hamburg

Am 6. September 2015 wird das unangemeldete Straßenfest im Schanzenviertel gegen die Hamburger Olympiabewerbung stattfinden. Unter dem Motto „Das Anti-Olympische Dorf stellt sich vor“ werden im Rahmen des Festes antiolympische Spiele und Wettbewerbe ausgetragen. Bereits am darauffolgenden Wochenende wird am 12.09. international zu Protesten gegen einen Naziaufmarsch in Hamburg mobilisiert. Beide Mobilisierungen finden vor dem Hintergrund einer zunehmend rassistischen Politik und Stimmungsmache gegen Geflüchtete statt, und beide haben das Potential, überregional Schlagzeilen zu machen und den Senat politisch in Bedrängnis bringen.

Dass das Schanzenfest das Thema Olympia aufgreift, ist naheliegend. Die Rahmenbedingungen für linke Projekte, wie z.B. das aktuell umkämpfte KoZe im Münzviertel, aber auch für andere Stadtteilinitiativen und das Schanzenfest selbst werden sich bereits im Rahmen der Olympia-Bewerbung deutlich verschlechtern. Schon in der Planung sollen vielfältige Umstrukturierungsprozesse angeschoben, städtische Gelder umverteilt und Sicherheitsarchitekturen und Überwachungsmaßnahmen ausgebaut werden. Gewinner dieser Entwicklung sind wenige, Verlierer viele. Insbesondere alle, die ohnehin bereits von Armut, Ausgrenzung oder Repression betroffen sind.

Wie der Senat sich aufstellt zeigt sich Beispielhaft im politischen Prozess gegen die Beschuldigten der Hausbesetzung in der Breiten Straße. Mit einem aufgeblasenen Verfahren sollen Hausbesetzer*innen eingeschüchtert und von weiteren Besetzungen abgehalten werden. Leerstand wird nach wie vor verteidigt und vor allem teurer Wohnraum geschaffen, vorhandene Gelder in weitere Großprojekte geblasen. Es bräuchte keine Massenunterkünfte für Geflüchtete und auch keine rassistische Berichterstattung über die begrenzten Kapazitäten von solchen, wenn generell ausreichend günstiger Wohnraum für alle Menschen vorhanden wäre. Offensichtlich gibt es aber genau hier ein politisches Interesse diese Zustände aufrechtzuerhalten um den Markt am laufen zu halten und damit die Stadt zur Beute zu machen. Eine Olympiabewerbung wird nichts besser machen.

Auf dem Schanzenfest soll sich nach den Vorstellungen der Teilnehmer*innen das gesamte nolympische Spektrum auf der Straße präsentieren, Inhalte und Perspektiven gegen olympische Spiele diskutieren und auch direkte Proteste und Aktionen vorstellen. In einem Aufruf wurden Aktivist*innen aufgefordert, sich mit eigenen Ideen am Schanzenfest zu beteiligen und auch Disziplinen wie „Mehlbombenweitwurf“ oder „Fahrradhindernisrennen“ durch die Stadt auszutragen.

Von Feuer und Flamme

Knapp zwei Monate darauf wird ein Referendum des Senates stattfinden, in dem über die weitere Bewerbung abgestimmt werden soll. Der Ausgang ist alles andere als klar. Immer mehr Gruppen und politische Spektren mobilisieren inzwischen gegen die Hamburger Olympiabewerbung. Anti-Olympia-Aktivist*innen verüben Aktionen, u.a. gegen die mögliche Infrastruktur während der Spiele und brannten schon mal einen Handymast nieder, die Nolympia-Kampagne organisiert Veranstaltungen und Demonstrationen, Sprecher*innen der Gewerkschaften beklagen negative Folgen für die Hafenwirtschaft und die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen, wohnungspolitische Gruppen die negativen Folgen für Mieter*innen, Sportvereine und Fußball-Fans die Eventisierung und Vermarktung von Sportveranstaltungen zum Nachteil des Breitensports in Vereinen oder an Schulen.

Zuletzt warnte gar der städtische Rechnungshof vor den Folgen der Olympiabewerbung und eines Referendums in Hamburg zu einem Zeitpunkt, an dem die Kosten noch nicht mal ansatzweise festgestellt werden können.

Demgegenüber steht eine weitgehend auf Olympia gleichgeschaltete Lobby der Senatsparteien, Handelskammer und Medienpartnerschaften. Kulturschaffende und Sportvereine sollen mittels Kultur- und Sportförderungen ins Boot geholt werden. Auch soziale Träger werden in die Pflicht genommen. Ganz offen wird klargestellt, dass entsprechende freigemachte Mittel lediglich Olympiabefürworter*innen zugute kommen, während an anderer Stelle zunehmend gespart wird.

In einer Stadt, in der Schwarz-Schill ebenso wie Scholz' Hetzjagd auf Lampedusa-Flüchtlinge mehrheitsfähig waren, könnte sich auch Olympia in einem Referendum als mehrheitsfähig erweisen. Für die Proteste würde ein solches Ergebnis keinen Abbruch bedeuten.

Anti-Olympia-Aktivist*innen haben bereits angekündigt, ein mögliches olympisches Gefahrengebiet in Hamburg 2024 zum Austragungsort von Dauerprotesten umzufunktionieren. In der an Protesten und Straßenkämpfen nicht gerade armen Stadt war sich die Prolympia-Fraktion nicht zu blöde, auf das Motto „Feuer und Flamme für Spiele in Hamburg“ zurückzugreifen. Ein Slogan, dessen Doppeldeutigkeit im Fall einer Bewerbung dem Senat noch auf die Füße fallen könnte, wenn sich entsprechende Bilder beim IOC einbrennen.

Wirkliche Olympiastimmung kommt trotz umfangreicher PR-Arbeit des Senates und Werbekampagnen der Landesbanken und der Handelskammer kaum auf. Heraus sticht bisher das Miniaturwunderland in der Speicherstadt. Tatsächlich dürfte der auf Massentourismus und Besucherströme ausgelegte Betrieb einer der wenigen sein, die an Olympia in Hamburg tatsächlich verdienen. Entsprechend wird das ureigene privatwirtschaftliche Interesse zum Vorteil für alle erklärt.

Solidarität mit Geflüchteten

Das Schanzenfest fällt in eine durchaus angespannte Situation in der Stadt. Nach dem unangemeldeten „Refugees Welcome“-Schanzenfest vom letzten Jahr gibt es nach wie vor keine Anerkennung, Hilfe oder politische Lösung für die Gruppe Lampedusa in Hamburg und viele andere Geflüchtete in der Stadt. Anstatt menschenwürdigen dezentralen Wohnraum bereitzustellen, werden Massenunterkünfte, Containerdörfer und Zeltstädte eingerichtet.

In Griechenland und Italien stranden täglich Flüchtlinge und Tausende ertrinken im Mittelmeer. Die EU unter deutscher Führung verweigert dennoch bis heute gemeinsame Hilfen in den Mittelmeerländern und eine sichere Einreise nach Europa. In einer rassistischen „Das Boot ist voll“-Rhetorik werden stattdessen mehr Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, noch schnellere Abschiebungen gefordert, der Ausbau von Grenzkontrollen angekündigt und damit auch rassistische Stimmungen im eigenen Land befeuert.

Statt die eigene politische Verantwortung für Wohnungsnot in den Kommunen und mangelnde soziale Vorsorge anzuerkennen, wird auf die Unzumutbarkeit verwiesen, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Der rot-

grüne Senat in Hamburg und die Bundespolitik liefern hier eine deutliche Botschaft, die auch durchaus verstanden wird. Rassist*innen und Nazis greifen solche ökonomischen Totschlagargumente als Pegida, AFD oder NPD gerne auf.

Durch rassistische Diskurse über Flüchtlinge als bedrohliche Masse und Verlautbarungen, dass Geflüchtete aus Lampedusa hier keine Perspektive hätten, öffnet die etablierte Politik rassistische Büchsen der Pandora und macht sich zum Wegbereiter faschistischer Aufmärsche und Anschläge. Der argumentative Schulterschluss zwischen dem Hamburger Senat und Pegida findet seine jüngste Entsprechung in einer bundesweiten Nazidemo am 12. September.

Nazis und rassistische Standortpolitik angreifen

Zum „Tag der Patrioten“ mobilisieren vor allem organisierte Faschist*innen und Nazi-Hooligans, die rassistische Stimmungen und die aktuelle Hetze als Mittel der Politik - bis hin zu Mord- und Brandanschlägen gegen Geflüchtete - befördern wollen. Die menschenverachtende Demonstration wird jedoch nicht ohne Widerstand stattfinden. Proteste und Gegendemonstrationen mit mehreren tausend Menschen sind bereits von einem breiten Spektrum angekündigt.

Hamburg besitzt insbesondere unter SPD-Regierung jedoch die unrühmliche Tradition, Aufmärsche von Neonazis notfalls mittels Wasserwerfern und Polizeiknüppeln durchzusetzen. Sofern es eigene parteipolitische Proteste gegen Rechtsextremismus gab, dann weitab von der Route, um die Bürger*innen ruhig und fern zu stellen und der Polizei die Arbeit zu erleichtern, alten und neuen Nazis den Weg freizumachen. Die Frage der inneren Sicherheit wird von der SPD in Hamburg als strategisch wichtig für den Machterhalt eingeschätzt. Deshalb wird in der Stadt ein Kampf gegen Geflüchtete durch Kontrollen und Abschiebungen durchgeführt, deshalb werden antifaschistische Proteste gewaltsam behindert.

Hamburg gibt sich als Hafenstadt ein alternatives und weltoffenes Image im kapitalistischen Wettbewerb der Metropolregionen. Auch in die Olympiabewerbung fließt dieses Kapital mit ein. Gerne wird dabei lokalpatriotisch ein Gegensatz zu München bemüht. Doch während sich in anderen Städten wie z.B. in München auch schon mal Bürgermeister*innen an gemeinsamen antifaschistischen Protesten und Blockaden beteiligen, wird in Hamburg inzwischen selbst auf halbherzigste Proteste fernab verzichtet.

So soll der Naziaufmarsch möglichst abgelegen stattfinden, um die Anreise von Gegendemonstrant*innen zu behindern und Proteste und Blockaden vor Ort zu verhindern, während Teilnehmer*innen des faschistischen Aufmarsches von der Polizei durch die Stadt eskortiert werden.

Gefahrengebietsimpressionen

Alles soll möglichst reibungs- und geräuschlos funktionieren. Auch, um keine Negativ-Schlagzeilen für die internationale Presse im Vorfeld der Hamburger Olympiabewerbung zu produzieren. Immerhin sollen viele Millionen Euro allein schon in die Bewerbung fließen. Für den Senat ist das Image der Stadt derzeit daher ein hochsensibles Thema.

Unangenehm in Erinnerung ist z.B. noch die Reisewarnung in den USA vor Besuchen in Hamburg nach der Demonstration am 21.12.2013 und der Ausrufung eines riesigen polizeilichen Gefahrengebiets. In der Folge fanden tägliche Demonstrationen und eine internationale Berichterstattung statt, in der über Hamburg neben den Krisenherden in aller Welt berichtet wurde.

Die Wirkung ähnlicher Berichte auf die gemächliche und greise Welt des IOC lässt sich leicht ausmalen. Nicht anders als die FIFA gilt das IOC als hochkorrupter Verein, der in erster Linie an einem ruhigen Umfeld zur Imagepflege und möglichst wenig Negativ-Schlagzeilen interessiert ist. Dies könnte jedoch schiefgehen. Zum Schanzenfest und zur Demonstration am 12. September wird nicht nur ein breites Protestspektrum aus Hamburg erwartet, sondern vor allem zu letzterer eine starke bundesweite und internationale Beteiligung von antifaschistischen Gruppen. Die Dimension der Gegenproteste könnte dabei auch für die Politik des Senates zum Problem werden.

Proteste verschränken

In der aktuellen Diskussion um Flüchtlinge, den rassistischen Aufmarsch am 12. September und der Auseinandersetzung um die Olympiabewerbung gibt es eine gemeinsame politische Schnittmenge in der Frage um Stadt und Gesellschaft, städtische Räume und deren Ausgestaltung.

Proteste gegen Pegida und Nazis greifen zu kurz, wenn sie nicht die rassistische Dimension der aktuellen Flüchtlingspolitik als zentralen Inhalt aufgreifen und deren ökonomische Argumentation angreifen. Angesichts eines Wohnungsbauprogramms, das nur Gutverdienenden zugute kommt, Leerstand allein von Bürogebäuden von über einer Million Quadratmetern und der Repression gegen widerständige Aktionen wie die Hausbesetzung in der Breiten Straße vermittelt sich die Forderung nach Wohnraum und solidarischer Hilfe für Geflüchtete statt Milliardenausgaben für Olympia in Hamburg von selbst. Die Kritik an Olympia entwaffnet sich wiederum, wenn sie sich ausschließlich in Kosten/Nutzen-Rechnungen verliert, ohne sicherheitspolitische Verschärfungen und Auswirkungen auf Protestorte und andere Kämpfe in der Stadt aufzugreifen.

Die grundlegende Versorgung von allen Menschen mit Lebensmitteln und Wohnraum ist keine Kostenfrage, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Europa und seine Metropolen hätten ausreichend Kapazitäten, um Geflüchtete willkommen zu heißen. Elende Zustände für Flüchtlinge werden stattdessen bewusst herbeigeführt, um andere Geflüchtete abzuschrecken, um unten zu sparen und oben Elbphilharmonien und Olympiatürme zu bauen. Tote am Mittelmeer durch eine Abschottung der Grenzen Europas werden dabei ebenso in Kauf genommen wie Armut durch Freihandelszonen und Austeritätsprogramme in weiten Teilen der Welt.

Die Biedermänner bleiben die Brandstifter, auch und gerade im rotgrünen Anstrich. Der Senat legt Feuer und Flamme, nicht für Olympia, sondern gegen die Idee einer solidarischen Stadt. Einer Stadt, in der Wohnraum für alle, unabhängig von Herkunft oder Besitzstand, selbstverständlich ist und in der ein gemeinsamer Widerstand gegen jegliche Form von Rassismus, Antisemitismus und Faschismus auf der Straße dazugehört.

Es wird an uns allen gemeinsam liegen, ob es gelingt, der zynischen Rechenpolitik des Senates einen kraftvollen Widerstand auf der Straße entgegenzusetzen und eine ganz andere Rechnung aufzumachen.

06.09. Anti-Olympisches Schanzenfest
Solidarität mit Geflüchteten statt Millionengräber für Olympia

12.09. Demos, Blockaden und Aktionen gegen den Tag der Patrioten und die rassistische Senatspolitik

Anti-Olympic Movement

Erklärung des kollektiven Zentrums (koZe) zur Hof-Invasion am Montag, den 27.07.2015

Was ist passiert?

Am Montag, den 27.7.2015, entdeckten wir gegen halb sechs morgens, dass unser Einfahrtstor zum koZe-Hof sperrangelweit offen stand und durch Arbeiter Baumaterialien auf unseren Hof gefahren wurden. Wir wussten nicht, was los ist und fühlten uns bedroht durch die unangekündigten Eindringlinge.

Anwesende Aktivist_innen haben das Eingangstor direkt mit einem Fahrradschloss verschlossen und vorm Tor den Gabelstapler blockiert, der gerade Platten aufs Gelände bringen wollte. Wir erklärten geschlossen, dass wir mit dem Vorgehen nicht einverstanden sind und forderten den/die Verantwortlichen zu sprechen. Ein Angestellter des Landesamtes für Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) stellte sich als „Vertreter des Eigentümers (*)“ vor, der auf dem Schulgelände Maß-



nahmen durchführen wolle. Die zwei Staatschutzbeamten stellten sich nicht vor. Der Verweis darauf, dass sich gerne mit unseren Anwält_innen auseinanander gesetzt werden könne, wurde abgewunken. Es wurde gefordert, wir sollten den Weg frei machen, ansonsten würden sie die Polizei rufen. Die Bauarbeiter verstanden, dass sie durch den LIG in eine ungewöhnliche Situation gebracht wurden und entschieden, dass sie sich nicht für deren Invasionsplan missbrauchen lassen. Die Polizei kam direkt mit Helm am Arm, ohne dass auf das Angebot eines klärenden Gesprächs mit uns und Anwält_innen eingegangen wurde.

Bereits seit Anfang an befanden sich Unmengen an Polizeieinsatzkräften in der Nähe unseres Zentrums. Es waren mindestens zwei Hundertschaften, drei Wasserwerfer, ein Räumfahrzeug, ein Polizeibagger, ein Gerätewagen, eine Hundestaffel und später auch die Reiterstaffel im Einsatz. Das Verhalten und Handeln der Cops war vom ersten Moment an aggressiv und auf Eskalation ausgelegt. (…)

Obwohl sich Aktivist_innen an den Zaun ketteten, auf das Tor kletterten und das Schloss zuhielten, kamen Beamte mit einer großen Motor-Flex (…)

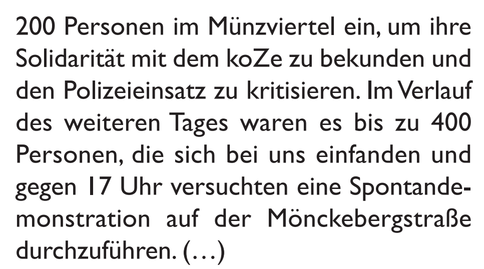
Mitten im Gerangel ums Tor stürmte eine BFE-Einheit von der anderen Hofseite durch die Schul-Aula auf den Schulhof und auch auf das von uns angemietete Gelände. (…)

Das Vorgehen der Cops war so brutal, dass sogar die Bauarbeiter, die für das Errichten des Zaunes anwesend waren, den Polizeieinsatz lautstark kritisierten. Auch Nachbar_innen waren geschockt. Kinder mussten mit ansehen, wie Menschen verprügelt wurden, mit denen sie normalerweise auf dem Schulhof spielen.

Die unmittelbaren Folgen des Einsatzes waren vier Ingewahrsamnahmen, vier verletzte Personen und sechs unrechtsmäßige Personalienfeststellungen mit Lichtbildaufnahmen, die trotz direkten Widersprüchen erfolgten. Der Zugang zum koZe wurde von der Polizei bis ca. 13 Uhr gesperrt. (…) Der Aufbau eines zwei Meter hohen Holzzauns quer über den koZe-Hof wurde ebenfalls unter Polizeischutz durchgesetzt, sodass der Schulhof jetzt ohne Durchgangsmöglichkeit in zwei Teile getrennt ist. (…) Auf unserer Seite stehen Tag und Nacht vier bis 40 gepanzerte Cops, um den Zaun zu bewachen und dumm im Regen rumzustehen. Es gab eine Personalienfeststellung bei einer Person, die den Zaun mit einer Parole („koZe bleibt“) bemalt haben soll.

Reaktionen auf die Hof-Invasion

Im Laufe des Vormittags fanden sich bis zu



200 Personen im Münzviertel ein, um ihre Solidarität mit dem koZe zu bekunden und den Polizeieinsatz zu kritisieren. Im Verlauf des weiteren Tages waren es bis zu 400 Personen, die sich bei uns einfanden und gegen 17 Uhr versuchten eine Spontandemonstration auf der Mönckebergstraße durchzuführen. (…)

Am späteren Abend haben wir unsererseits damit begonnen, einen Zaun bzw. Barrikaden um unser Haus zu bauen. Eigentlich lehnen wir eine solche Einschränkung unseres Freiraums ab, allerdings erscheint es uns notwendig, dass wir uns vor dem unmittelbaren Zugriff der Cops schützen.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt wird der Holz-Bauzaun von den Cops und das Viertel von Wannen und Zivilpolizist_innen belagert. (…)

Eine politische Analyse der Hof-Invasion:

Um das Ganze politisch bewerten zu wollen, muss mensch nicht sehr weit sehen können. Fakt ist: Es gab keine Vorankündigung für irgendwelche Maßnahmen auf unserem Hof. Es wurde bewusst eine Eskalation herbeigeführt und breit vorbereitet. Dafür gibt es diverse Hinweise, auf die im Folgenden eingegangen wird:

1. Im Laufe des Montags haben wir einen Brief vom LIG vorgefunden (auf Freitag den 24.7.2015 datiert), in dem lediglich von geplanten Schadstoffsanierungen „in den kommenden Wochen“ die Rede ist. Keine Rede von der Errichtung eines Zaunes auf dem von uns genutzten Gelände, keine Rede von einem geplanten Einbruch am Montag Morgen um halb sechs, einem Polizeieinsatz gegen uns oder einem Abriss.

Der Parkplatz der Schule, der sich auf der anderen Seite der Gebäude im Schultzweg befindet, wurde letzte Woche mit Flatterband abgesperrt und ein Zettel wies auf „Sanierungsarbeiten“ ab dem 27.07. sechs Uhr morgens hin. Soviel mühe wurde sich also gemacht – Parkflächen absperren, aber uns kein Wort sagen.

2. Das massive Polizeiaufgebot direkt um die Ecke stand heute Früh sicherlich nicht zufällig da. Im Gegenteil: Der Leiter des PK11, Herr Nieberding, persönlich hatte es organisiert. Dies lässt wohl keine Zweifel offen, dass es hierbei nicht um die Errichtung irgendeines Bauzaunes ging, sondern eine gezielte Provokation in Richtung des

koZe geplant wurde.
Hierfür spricht auch, dass Hamburg keine Kletterpolizei hat, heute früh jedoch fix eine auf der Matte stand, um unser Baumhaus zu zerstören. Diese muss vorher angefordert gewesen sein.
Unser Hoftor ist außerdem immer abgeschlossen und gut versperrt. Dass die Arbeiter vom Montagmorgen sagen, sie hätten es nur aufstoßen müssen, zeigt, dass es nachts heimlich aufgemacht worden sein muss.

3. Hier wird gerade der Abriss der Schule begonnen! Selbst die anwesenden Polizist_innen reden untereinander und Dritten gegenüber vom Abriss der Schulgebäude, wobei uns und der Presse offiziell eine Asbestsanierung vorgeschoben wird. (…) Am 9.7.2015 protestierten 40 Aktivist_innen im Bauausschuss Hamburg-Mitte, denn die Abrissgenehmigung für eines der drei Schulgebäude stand auf der Tagesordnung. Nicht-öffentlich wurde dann der künftige Abriss „zur Kenntnis genommen", wer ihn wo warum unter welchen Bedingungen genehmigte ist nicht bekannt. Einen Neubauantrag für dieses Gelände gibt es jedoch noch gar nicht. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Stadt die Schulgebäude auch gerne auf eigene Kosten abreißen lässt, um das Risikokapital-Filetstück bebauungsfertig loszuwerden.

4. Der Investor Hanseatische BauKonzept (HBK), der zur Finanzbehörde gehörende halbstädtische LIG (*) und manche Politiker_innen forcieren diverse Scheindebatten um sogenannten Sozialwohnungsbau und neuerdings auch um Flüchtlingsunterkünfte, nur um dem Privatisierungsprojekt einen legitimen Anstrich zu verpassen. Doch eine Nutzung als Flüchtlingsunterkunft sei wegen Asbestbefund gar nicht möglich, daher müsse eine „Sanierung" statt finden (keine Rede vom Abriss...). Geflüchtete in dem jahrelangen Leerstand unterzubringen gehe ja wegen Asbest leider nicht, ach schade, daher gibt's nen neuen Hit: Die angebliche Planung zur Unterbringung von Geflüchteten – dann wenn abgerissen ist – in Zelten auf der Brachfläche! Soviel Geblubber um Scheiße braucht niemand. Die noch nutzbaren Gebäude werden gerade offensichtlich unbewohnbar gemacht, statt z.B. Geflüchtete und Wohnprojekte dort leben zu lassen.

Wir sagen: „Unsere koZe gegen ihre Scheiße!" und machen seit jeher unsere eigenen Pläne, solidarisch und miteinander, unkommerziell und selbstorganisiert. Erst vor wenigen Tagen haben wir auf eine mögliche Nutzung der Schulgebäude für Menschen in prekären Lebenssituationen hingewiesen und diese sogar behördlich angefragt - natürlich ohne Antwort.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der andauernde Polizeieinsatz, die Bullen auf unserem Hof, die massive Präsenz auf der Straße und im Viertel, all dies war nicht nur ein Angriff auf selbstorganisierte Räume und die linke Szene in Hamburg und darüber hinaus. Was hier durchgezogen wird ist eine völlige Missachtung der politischen, sozialen und kulturellen Arbeit, die hier im und vom kollektiven Zentrum selbstverwaltet Tag für Tag geleistet wird und eine politische Eskalation eines Konflikts um ein Gelände, das längst nicht mehr nur diesen Stadtteil angeht, sondern auf Senatsebene und in Staatsschutzbüros verhandelt wird.

Die Anwesenheit von Cops auf unserem Gelände, Festnahmen unserer Freund_innen, die Überwachung durch Zivilpolizei, Kameras etc. ist pure Repression. Diesen Einschüchterungsversuch gegen all unsere sozialen und politischen Aktivitäten lassen wir uns nicht gefallen, sie betreffen nicht nur linke Aktivist_innen, sondern das ganze Viertel: Wer schickt schon seine Kinder auf einen polizeilich abgesperrten Sportplatz? Wer will politische Diskussionen führen mit einer Armada von Bullen direkt im Rükken? Und wer will in der Sonne liegen mit zehn stiernackigen Mackern daneben, die sich freuen, dass sie was zu glotzen haben? Wir sind verletzt, entnervt, angespannt und wütend. Wir sind vor allem nicht bereit, unseren Raum an diejenigen abzugeben, die hirnlos den Befehlen von Chefs, Finanzbehörde und anderen (vorläufigen) Gewinnern des Kapitalismus folgen. Wir lassen uns nach wie vor nicht beschwatzen oder befrieden. Die Polizei hat nichts auf unserem Hof zu suchen, Cops und Zaun müssen weg. Es wurde viel Verhandlungsbereitschaft durch das koZe signalisiert, wenn nicht darauf eingegangen wird liegt die Verantwortung für die aktuelle Situation bei den Entscheidungsträger_innen von LIG/ Stadt und Polizei.

Viel Spaß und Erfolg sowie solidarische Grüße aus dem koZe an die Besetzer_innen in Bremen, Hamburg, Flensburg, Hannover, Berlin, Frankfurt, Dortmund, Jena, Freiburg und überall. Supportet diejenigen die Prozesse haben, und bringt uns gerne Essen, Schlafsäcke, Getränke, Möbel etc. vorbei. Wir nutzen und verteidigen den Platz, den wir haben. Wir feiern und spielen und organisieren uns weiter. Und wir laden euch ein – seid dabei, kommt rum und zeigt der Stadt, dem LIG, dem Investor HBK und denn Bullen-Besatzer_innen, dass sie weder hier noch anderswo willkommen sind.
See you at the bar, and at the Barricades.
Auf bald, eure koZe-Gang

* (hier eine Ergänzung aus den gekürzten Fußnoten – Anm. d. Zeckredaktion) Interessant zu Erfahren, dass wir zurzeit wohl noch dem LIG und somit der Stadt gehören – bisher wurden wir trotz mehrerer Nachfragen nicht über den aktuellen Stand der Verkaufsverhandlungen informiert. (Hanseatische BauKonzept (HBK), ABC-Straße 45, nahe Gänsemarkt, Hamburg-Innenstadt Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG), Millerntorplatz 1, nahe U-Bahn Reeperbahn, Hamburg St.Pauli)

Soli-Aktionen

BERLIN:
Am Montag, den 10. August besuchten AktivistInnen und deren UnterstützerInnen vom Bündnis „Zwangsräumung verhindern" die Landesvertretung der Hansestadt Hamburg in Berlin, in der Jägerstraße 1-3, um sich solidarisch für die KoZe einzusetzen. Die hat ja einen Mietvertrag und war mit Politikern im Gespräch und fordert diese nun in einem offenen Brief auf, „aus der Deckung zu kommen". Aus der Deckung kam hingegen längst die Hamburger Polizei, stellte den Strom ab, riss das Tor raus und mag gar nicht wieder gehen. So auch vor der Landesvertretung in der Jägerstraße 1 bis 3 bei unserem Besuch am Montag.

BREMEN:
In der Nacht auf Freitag den 07.08.15 haben verschiedene Gruppen an einigen Leerständen in Bremen Soli-Transparente für das kollektive Zentrum in Hamburg aufgehängt. Mit dieser kleinen Aktion wollen wir unsere Solidarität mit den Menschen in und ums kollektive Zentrum sichtbar machen.

FRANKFUT:
1. August: Gestern gab's eine spontane Soli-Aktion in Frankfurt für das von Bullen belagerte und bedrohte Kollektive Zentrum (KoZe) in Hamburg. Wir senden unseren Genoss_innen und Freund_innen Kraft und Solidarität. Lasst euch nicht einmachen von den Schweinen. Der Angriff auf's KoZe gilt uns allen. Wir werden gemeinsam darauf antworten. United we stand! Love & power from Frankfurt to Hamburg

Solidarität mit dem koZe in Hamburg!

Das Plenum der Roten Flora erklärt sich solidarisch mit dem Kollektiven Zentrum (KoZe) im Hamburger Münzviertel. Der Polizeieinsatz am vorgestrigen Montagmorgen war ein vorbereiteter und offensichtlicher polizeilicher und politischer Angriff auf das selbst verwaltete und nachbarschaftliche Stadtteilprojekt.
Jeder der weiß, wie polizeiliche Einsatzplanungen laufen, weiß auch, dass die Hamburger Polizei eben nicht zum Schutze von Bauarbeitern einer vorbereitenden Asbestsanierung zu Hilfe geeilt ist. Wer mit mindestens zwei Hundertschaften, Wasserwerfern, schweren Räumgerät, der Reiterstaffel und BFE-Prügeleinheiten am Montagmorgen um fünf ausrückt, verfolgt stattdessen ein anderes kalkuliertes Ziel. Und dieses Ziel war über eine handfeste Eskalation die Nutzer_innen des KoZe zu provozieren, um so ein Szenario für eine putschartige Räumung zu schaffen. Die Zerstörungen auf dem Grundstück, die völlig grundlose Demontage eines Baumhauses auf Teilen eines Grundstücks, dessen Nutzung vertraglich geregelt ist, sowie das brutale Vorgehen der BFE gegen die Nutzer_innen können nur so interpretiert werden.
Es ist alleine dem besonnen Verhalten der vor Ort gewesenen Aktivist_innen zu verdanken, dass die polizeiliche Eskalationsstrategie ins Leere gelaufen ist. Den Ereignissen von Montag ging eine gezielte politische über die Medien lancierte Kampagne gegen das KoZe voraus, die deutlich machte, dass aktuell wie schon in der Vergangenheit das neoliberale Regime in dieser Stadt keine selbstorganisierten und herrschaftsfreien Projekte dulden will. Noch weniger soll es Orte geben, die sich als kritische Infragestellung einer auf Verwertungsinteressen von Großinvestoren fixierte offizielle Standortpolitik verstehen.
Wir und viele andere werden bei weiteren Angriffen auf das KoZe nicht tatenlos zuschauen!
Solidarität mit den Nutzer_innen des KoZe im Münzviertel!
Räumt das Rathaus!
KoZe bleibt!

Plenum der Roten Flora

Offener Brief an die weltweit kämpfenden TextilarbeiterInnen

Liebe Arbeiterinnen und Arbeiter, liebe Angehörige, liebe Genoss_innen,
wir senden Euch herzliche und solidarische Grüße aus Deutschland.

Nicht erst seit Rana Plaza zum Symbol des Kampfes für bessere Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken dieser Welt geworden ist, verfolgen wir Eure verschiedenen Arbeitskämpfe und Auseinandersetzungen in Pakistan, Bangladesch, Indien, Kambodscha, Sri Lanka und anderen Orten: Seit Jahren kämpft Ihr in euren Ländern für Entschädigungen, höhere Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Hier in Deutschland sind Eure Demonstrationen und Streiks fast unbemerkt geblieben. Allein die „Unglücke“ in Pakistan und Bangladesch haben ein breites Echo in den Medien hervorgerufen, Tageszeitungen, Radios und Fernsehen berichteten über Eure toten Kollegen und Kolleginnen, die Verletzten unter Euch und über Euch, die ihr Familienmitglieder und FreundInnen verloren habt.
Immer mehr deutsche Medien greifen auch die Hintergründe Eurer miserablen Arbeitsbedingungen auf und berichten von Euren Hungerlöhnen. Zudem wurde durch einige Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften der öffentliche Druck auf Politik und Wirtschaft erhöht. Und auch Kunden und Kundinnen, die die von Euch produzierten Waren kaufen, werden konfrontiert, wenn AktivistInnen vor Läden stehen und Flugblätter verteilen, um über Eure Arbeitsbedingungen und Löhne zu informieren. Andere Gruppen gehen einen anderen Weg: sie sind der Meinung, dass Sabotage und Sachschaden hilfreich sind, um die deutschen Mode- und Textilunternehmen unter Druck zu setzen. All diese Aktionen zusammen haben bisher lediglich dazu geführt, dass die deutsche Bundesregierung unter Führung des Entwicklungsministers Gerd Müller die Textilunternehmen mit einem Bündnis verpflichten will, freiwillig die Bedingungen in Euren Fabriken zu verbessern.
Wir glauben aber nicht, dass die Unternehmen, die diesem Bündnis beigetreten sind, wie KiK, H&M, C&A tatsächlich an besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen für Euch interessiert sind. Für sie zählt, dass sie ihre Produkte mit einer möglichst hohen Gewinnspanne verkaufen können. Nach der Analyse vieler autonomer Gruppen in Deutschland lässt sich das auf Ausbeutung basierende kapitalistische System nicht reformieren. Wenn auch gleichzeitig die individuellen Bedingungen für einzelne von Euch erträglicher werden.

„Es gibt keine einfachen und pauschalen Lösungen für die Abschaffung des kapitalistischen Weltmarktes oder die politische Ökonomie an sich. Der Bruch mit eben dieser kann jedoch angedeutet, die Normalität des Wahnsinns aufgebrochen werden. Eine Zukunft jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung kann nicht in der Theorie konzipiert werden, sondern muss sich aus konkreten Kämpfen und Bewegungen entwickeln. Im Land der Krisengewinner_innen können und wollen wir nicht auf (radikale) linke Massenbewegungen warten. Die glitzernde Fassade der Marktwirtschaft strahlt uns tagtäglich an jeder Ecke an. Lasst sie uns einreißen.“ (Autonome Gruppen)
Viele von Euch werden von den sogenannten Reformen durch das Textilbündnis in Deutschland nicht viel mitbekommen. Die Absprachen sind für die Unternehmen freiwillig und nicht verpflichtend. Wir setzen keine Hoffnung in dieses Textilbündnis – wir setzen auf die Abschaffung des Kapitalismus, eine befreite Gesellschaft, die „Bündnisse von unten“ ohne Ausbeutung und Unterdrückung schafft.

„Direkte Aktion hat sich auf der ökonomischen Ebene als wirksam erwiesen“, schrieb die Anarchistin Emma Goldman bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, einer Zeit, in der Kämpfe in den Fabriken weltweit an der Tagesordnung waren. Direkte Aktionen, Angriffe auf die Unternehmensstrukturen sind die Antwort von vielen autonomen Gruppen. Schon in den 1980er Jahren hat die feministische militante Gruppe Rote Zora das deutsche Textilunternehmen Adler angegriffen, die in einer südkoreanischen Freihandelszone einen Streik der Textilarbeiterinnen von ihrer Tochterfirma Flair Fashion brutal niederschlagen ließ. 1987 explodierte ein Sprengsatz am Hauptsitz der Firma und es wurden Brandsätze in zahlreichen Filialen in ganz Westdeutschland gelegt. Der (Image-)Schaden für Adler war enorm. Der Adler-Firmenchef stellte alle entlassenen Frauen wieder ein und erfüllte zumindest einen Teil ihrer Forderungen. „Internationale Solidarität kann also nicht nur praktisch werden,

sondern auch erfolgreich sein! Unsere Kämpfe müssen so global sein wie das Kapital. Aufklärung, konkrete Sabotage und Imagebeschädigungen können helfen, Verbesserungen zu erkämpfen." (autonome Gruppen kik them out)

Im Rahmen der Proteste gegen das Gipfeltreffen G8 der acht mächtigsten Regierungen der Welt in Heiligendamm 2007 wurde zur Solidarität mit den Näherinnen in Bangladesch aufgerufen, die unter unmenschlichen Bedingungen Waren für Tchibo produzieren mussten. Als Resultat wurden zwischen 2005 und 2007 bei mehreren Tchibo-Filialen die Scheiben eingeworfen und das Auto des Tchibo-Vorstands Thomas Vollmoeller angezündet.

Seit 2013 fanden unterschiedliche Direkte Aktionen der Solidarität statt, die sich zunächst auf die verschiedenen aktuellen Arbeitskämpfe um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingen bezogen. „Wir solidarisieren uns mit den Überlebenden und den Angehörigen, mit allen Näher_innen in ihrem Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen." (autonome Gruppen kik them out) Auch das Bündnis Blockupy (ein Zusammenschluss linker Gruppen und Parteien) hatte 2013 zu solidarischen Aktionen mobilisiert. Nach Rana Plaza und Ali Enterprize bezogen sich die solidarischen Aktionen dann auch auf Eure Forderungen nach Entschädigung für die Verletzten und Hinterbliebenen.

"Wir denken, es wird entscheidend vom Druck abhängen, den wir hier auf die Firmen ausüben, ob die Kampagne der Betroffenen für Entschädigung und eine grundlegende Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erfolgreich sein wird." Dieses Zitat stammt aus dem Jahr 2014 von der Gruppe "Destroika! autonome gruppen für globale solidarität". Die Gruppe rief in ihrem Bekennerschreiben dazu auf, im Vorfeld der Eröffnung des neues Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt (18.03.2015) Eure Kämpfe "in die europäischen Städte zu tragen und die beteiligten Firmen direkt und militant anzugehen". Als Hauptziel wurde das deutsche Textilunternehmen KiK vorgeschlagen, das fast in jeder deutschen Kleinstadt und in allen Großstädten Filialen betreibt.
Diesem Aufruf folgten viele Gruppen in unterschiedlichen deutschen Städten und es gab eine Menge eingeworfene Schaufensterscheiben, Flugblätter und anderer Aktionen vor deutschen Textilunternehmen.

Wir schreiben diesen Brief, um Euch direkt von diesen Soli-Aktionen zu berichten, denn die Medien greifen Sabotage ungern auf, und auch der Rest der Öffentlichkeit – zumindest in Deutschland – ignoriert diese Direkte Aktionen, warum wissen wir auch nicht so genau. Wir wollen dieses öffentliche Schweigen durchbrechen und haben viele Aktionen aufgelistet und einige Zitate in diesen offenen Brief eingearbeitet. Leider schaffen wir es nicht, die Schreiben alle zu übersetzen (einige sind in Englisch verfasst), daher haben wir ein paar Zitate herausgehoben. Wir listen am Ende des Briefes die uns bekannten und immer noch weitergehenden Aktionen auf und haben dazu zusammengefasst, was bisher passiert ist.

Bisher wurden die solidarischen Aktionen über die deutsche Internetseite https://linksunten.indymedia.org und in linksradikalen Zeitungen verbreitet. Wir veröffentlichen diesen offenen Brief in verschiedenen Sprachen und auf unterschiedlichen Internetseiten, schicken ihn an NGOs, AnwältInnen, Gewerkschaften, Medien. So hoffen wir, dass die solidarischen Aktionen auch bei Euch wahrgenommen werden. Wenn Ihr Lust habt uns Eure Eindrücke und Meinungen zu schreiben oder einfach in Kontakt zu kommen, dann postet doch bei linksunten.indymedia.org (gern auch in Englisch). Ein direkter Austausch über eine Emailadresse ist leider nicht möglich, da die deutschen Behörden gerne die verschiedenen autonomen Gruppen mit Strafverfahren überziehen würden.

Autonome Gruppen

Solidarische Aktionen 2013
• Hamburg, 27.01.2013 Fensterscheiben eingeschlagen in einer Einkaufsstraße bei C&A, H&M; Zara, Tom Taylor und Promod
• Frankfurt, 31.05.2013 Sitzblockade vor dem Einkaufszentrum MyZeil (im Rahmen der Blockupy-Aktionstage)
• Berlin, 05.06.2013, KiK im Wedding mit Steinen entglast "autonome gruppen"
• Fürstenwalde, 08.09.2013 Tedi-Markt und KiK-Filiale brennen lichterloh
• Bochum, 11.10.2013 Scheiben einer KiK Filiale zerstört. "think global - act local"
• Karlsruhe, 30.11.2013 Protestaktion (die-in) vor Primark

2014
• München, 24.06.14: Parolen gesprüht "An KiK klebt Blut" und "Ausbeutung bekämpfen", Kleidung mit roter Farbe aufgehängt, Straße blutrot eingefärbt
• Berlin, 28.07.2014: zwei KiK Filialen in Lichtenberg und Reinickendorf mit Steinen und Farbe angegriffen "Destroika/autonome Gruppen für globale Solidarität"

2015
• Berlin, 02.03.2015: zwei KiK Filialen in Schöneberg und Friedrichshain: Scheiben durch Steine und Farbe kaputt "kollegiale autonome gruppen"
• München, 03.03.2015: Farbflaschen zerstören die Scheiben einer Kik-Filiale
• Hamburg, 03.03.2015: Farbflaschen und Steine zerstören Kik-Schaufenster
• Köln 04.03.2015: Kik entglast und mit Farbe beschmiert von "Destroika Beastie Girlz"
• Wuppertal, 06.03.2015: Scheiben einer KiK Filiale mit Steinen und Farbe zerstört, Parolen gesprüht: "No Kik" "No Primark"
• Leipzig, 09.03.2015, Kik in Leipzig-Lindenau angegriffen
• Wuppertal, 26.04.2015: (2. Jahrestag des Rana Plaza Einsturz) Schoppen-Stoppen Aktionstag: in der Innenstadt gab es eine Demo und Kundgebung gegen die geplante Eröffnung eines Primarks und eine kurzfristige Blockade des Eingangs von C&A
• Bremen, 25 und 26.05.2015,: Zero und Kik Filialen mit Steinen und Farbe Scheiben kaputt gemacht "autonome gruppen"
• Berlin, 26.05.2015: Kik Schaufenster und Eingangstür beschädigt
• Berlin, 07.06.2015: KiK Filiale in Friedrichsfelde mit Steinen und Farbflaschen entglast (autonome Gruppen kik them out und autonome gruppen/Gruppe Shila Begum)

Prozessbeginn wegen Hausbesetzung Breite Straße

Ein Jahr später... Das Haus steht immer noch leer und der Prozess beginnt.

Am 27. August 2014 wurde das seit Jahren leer stehende Haus in der Breite Straße 114 im Rahmen der Squating Days besetzt. Engegen der sonst üblichen Praxis der Hamburger Polizeiführung gab es keinen Ansatz der Kommunikation mit den Besetzer_innen; sondern was folgte war der Versuch der Bullen das Haus sofort mit Gewalt zu räumen, was mit intensiver Gegenwehr aus dem Haus beantwortet wurde.
Erst nach der Erstürmung des Hauses durch verschiedene Bulleneinheiten wurden außerhalb des Hauses fünf Personen festgenommen.

Nach der Festnahme wurde die richterliche Anhörung, in der eine Haftrichterin über die Fortdauer der Haft entscheiden sollte, auf den rechtlich spätest möglichen Termin festgesetzt. Diese Anhörung fand so erst zwei Tage nach den Festnahmen statt. Gleichzeitig mit den Anhörungen gab es bei den Beschuldigten Hausdurchsuchungen. Die Anwält_innen wurden vor die Wahl gestellt, Rechtsbeistand bei den Hausdurchsuchungen oder bei den Anhörungen zu leisten. Ein rechtlicher Beistand bei den Hausdurchsuchungen wurde dadurch faktisch verhindert.

Zwei der fünf Beschuldigten wurden in U-Haft genommen, die anderen drei mussten bis zum Ende der Squatting Days am 31. August 2014 in Anschlussgewahrsam verbleiben.

Die Haftrichterin begründete die gegen zwei Heranwachsende verhängte Untersuchungshaft damit, dass der dringende Tatverdacht des versuchten Totschlags durch Werfen von Gegenständen aus dem Haus bestehe, obwohl keiner der Beschuldigten eindeutig identifiziert werden konnte. In beiden Fällen wurde von den Anwält_innen unmittelbar nach Erlass der Haftbefehle Antrag auf Haftprüfung gestellt.
Gegen die drei anderen Festgenommenen wurden keine Haftbefehle erlassen, bei zwei von ihnen wurden diese nicht einmal von der Staatsanwaltsanwaltschaft beantragt. Stattdessen wurde gegen sie bis zum Sonntagmittag um 12.00 Uhr Polizeigewahrsam angeordnet.
Zwei Betroffene wurden weiter festgehalten, obwohl das Gericht bereits deren Freilassung angeordnet hatte und zunächst keine Ingewahrsamnahme nach Polizeirecht ausgesprochen oder beantragt worden war.



Den Betroffenen und ihren Anwält_innen wurde erst im Rahmen der Vorführung vor der Haftrichterin zumindest grob zur Kenntnis gegeben, welche Handlungen Ihnen vorgeworfen werden. Allen Fünf wurde während der Anhörung der Tatvorwurf des versuchten Totschlags, der gefährlichen Körperverletzung, des schweren Hausfriedensbruchs und des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte gemacht. ☐

Im November 2014 wurde ein sechster Beschuldigter nach Fahndung, Observationen und Überwachung von Telefongesprächen festgenommen und blieb bis Frühjahr 2015 wegen vermeintlich belastender Zeugenaussagen in U-Haft.
Auch aktuell ermittelt die Polizei weiter und sucht weitere angeblich Beteiligte an der Besetzung. Eine Person, die in dem Prozess bis jetzt nicht angeklagt ist, soll zur Abgabe einer DNA-Probe gezwungen werden.

Am 25. August 2015 - ziemlich genau ein Jahr nach der Räumung des Hauses in der Breite Straße – begann der Prozess gegen die genannten fünf Personen und die im November 2014 nachträglich festgenommene Person vor dem Landgericht Hamburg. Vier fallen unter das Jugend-, die anderen beiden unter das Erwachsenenstrafrecht. Während der Prozess schon bis Ende des Jahres terminiert ist steht das Haus in der Breite Straße immer noch leer.

Die Staatsanwaltsanwaltschaft wirft allen Betroffenen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch, Widerstand, gefährliche Körperverletzung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion vor. Den drei Beschuldigten, die in U-Haft waren, wird zusätzlich versuchter Totschlag vorgeworfen.

Die Bedeutung dieses Verfahrens ist vielschichtig und geht weit über den Verurteilungswillen und das eigentliche Verurteilungsinteresse gegenüber den Beschuldigten hinaus.
In Hamburg hat es seit Ewigkeiten keine Verurteilungen wegen militanter Aktionen gegeben, was den Bullenapparat schon seit langem nervt. Angesichts der heftigen Gegenwehr beim Räumungsversuch der Breiten Straße und den Festnahmen im direkten Anschluss, haben Bullen und Justizapparat ganz eindeutig alles in Richtung eines großen Verfahrens mit sicheren Verurteilungen bewegt.
Alle Ermittlungen haben nur das eine Ziel gehabt, endlich jemand hoch verurteilen zu können.
Erstens gehen die möglichen Konsequenzen für alle Beschuldigten angesichts der angeklagten Vorwürfe über vieles hinaus was es an Erfahrungen mit politischen Prozessen in Hamburg in den letzten Jahren gegeben hat. Haftstrafen von mehreren Jahren sind durchaus möglich und vom Apparat offensichtlich gewollt.
Politisch geht die Bedeutung aber über die Konsequenzen für die Beschuldigten hinaus. Der Prozess wird sich so oder so zum Musterprozess entwickeln, in dem deutlich gemacht wird, wie Bullen und Justiz mit militanten Aktivisten in Zukunft umgehen werden. Seit Jahren gibt es einen politischen Diskurs dessen Protagonisten Angriffe auf Uniformträger, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte aber auch Beleidi-

gungen, Angriffe auf die Feuerwehr und so weiter härter bestrafen wollen.
Medial läuft die Veränderung schon lange auf vollen Touren. Wer als Journalist Farbbeutelwürfe in ‚Anschläge' umdefiniert, bezeichnet Steinwürfe gern als menschenverachtenden Terror, der entsprechend bestraft werden muss.
Militante Praxis wird von Staatsseite aber eben auch medial immer extremer angegriffen und denunziert. Angesichts einer steigenden Unzufriedenheit vieler Menschen mit staatlicher Politik und mit gesellschaftlichen Realitäten ist diese Entwicklung folgerichtig. Militante Politik ist immer auch der Beweis, dass Handeln möglich ist, dass Gegenwehr praktisch werden kann.
Hohe Verurteilungen sollen als Exempel und Abschreckung durchgesetzt werden. Sie sollen die repressive Praxis unterstreichen und das gesellschaftliche Bewusstsein durchsetzen, dass Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse unmöglich ist.

Gleichzeitig ist der Prozess auch die direkte Reaktion auf eine (zumindest in der Breite Straße) anders formulierte Praxis von Hausbesetzungen. Symbolische Besetzungen, wie sie in Hamburg in den letzten Jahren immer wieder gemacht worden sind, haben die Bullen meist mit kleinem Aufwand beendet.
In der Breite Straße haben Menschen klar formuliert, dass sie bleiben werden und eine Räumung nicht widerstandslos über sich ergehen lassen. Angesichts dieser selbstbestimmten Raumnahme haben die Bullen die Situation zugespitzt und von sich aus die Auseinandersetzung -offensichtlich politisch gewollt- massiv eskaliert. Die Bilder einer militanten Auseinandersetzung waren von der Polizeiführung und politisch Verantwortlichen gewollt und sind in der Medienkampagne und den Ermittlungen benutzt worden, um sowohl die Beschuldigten als auch die politische Aktion anzugreifen.
In einer Situation wie in Hamburg, wo Wohnen zum Luxus wird und viele keine Wohnung finden bzw. sich die Mieten nicht leisten können, wo sich einige auf Kosten der Mieter_innen und Wohnungslosen die Taschen mit Kohle vollstopfen, sind Besetzungen und eben auch Besetzungen, die militant durchgesetzt werden, eine Handlungsoption auch für Menschen, die sich nicht einer linken Szene zugehörig fühlen.
Der Prozess ist die staatliche Antwort auf eben diese Option. Selbstbestimmtem und sich jenseits des staatlichen Gewaltmonopols verstehendes Agieren wird mit repressiver Härte begegnet und zurückgedrängt.
Die Beschuldigten, außerhalb des Hauses festgenommen und sehr willkürlich vom Apparat als die Besetzer_innen identifiziert, sollen exemplarisch und als Abschreckung verurteilt werden.

Solidarität ist eine Waffe
Unterstützt die Beschuldigten
Begleitet den Prozess

Bericht vom Prozessauftakt 25. August 2015

Nach dem Motto "koste es was es wolle" verfolgte der vorsitzende Richter Halbach seinen Plan auf jeden Fall die Anklage zu verlesen. Von Anfang an versuchte er jeden Wortbeitrag der Verteidigung zu verhindern, indem er Gebetsmühlenartig wiederholte er habe das Wort nicht erteilt.



Auch sämtliche Anträge wies er wahlweise ab oder verwies sie auf einen späteren Zeitpunkt nach Verlesen der Anklage. Um den aus seinem Verhalten resultierenden Anträgen zu entgehen steigerte er sich hinein und sagte:"es wird kein Wort mehr erteilt ... es werden keine Anträge mehr gestellt." Und stellte bei jedem Versuch der Verteidigung die Mikrofone zu nutzen, selbige aus. Dennoch laut ohne Mikro vorgetragene Anträge bezeichnete er als nicht gestellt, da er nicht das Wort erteilt habe.
Beispielsweise liegt die Akte bis heute keiner/m der Anwält_innen komplett vor. Auch die Begründung der Abweisung eines Befangenheitsantrags schob er auf einen späteren Zeitpunkt.
Da die Anwält_innen sich nicht das Wort verbieten ließen und Halbach auch weiter Anträge entgegenbrachten erhielten sie Beifall aus dem Zuschauerraum. Daraufhin ließ der Richter den Saal durch bereitstehende Bullen räumen und verließ sofort nach Erteilung dieses Auftrags ohne eine Begründung oder Absprache mit seinen Kammerkollegen den Gerichtssaal. Im Rahmen der Räumung wurde eine Person zu Boden geworfen und mitgenommen. Die gesamte Prozedur des Rauswurfs der Öffentlichkeit dauerte etwa eine Stunde.

Damit setzte sich fort was sich zu Beginn des Prozesstages schon ankündigte. Schon in den ersten Minuten als das Gericht den Saal betrat ließ Halbach eine Person aus dem Publikum entfernen, weil sie nicht aufgestanden war. Im Zusammenhang mit diesem Rauswurf drohte er bei weiterer Störung den Saal zu räumen. Es konnte der Eindruck entstehen, dass Halbach eine Räumung in Anwesenheit von Presse eingeplant hatte, um entsprechende Berichte über "Krawall" in die bisher fehlende Begründung für die Nutzung des Staatsschutz-Saals mit Trennscheibe einzuflicken.
Nachdem der Saal geräumt war ließ er die Anklage verlesen, verwies alles weitere auf nach der Mittagspause und leutete selbige bis 13h ein.

Nach der Pause wurden nur Leute reingelassen, die vermeintlich am Vormittag noch nicht da waren. Ein Beschwerdegrund für alle, die selbstständig ohne körperliche Einwirkung durch die Polizei den Saal verlassen haben und definitiv wieder hätten eingelassen werden müssen.
Um die Öffentlichkeit beim Verlesen der Anklage zu wahren und da diese beim 1. Verlesen ja ausgeschlossen worden war, wurde sie nach der Pause gleich nochmal verlesen.

Dann "durfte" die Verteidigung ihre Anträge stellen und erhielt bis Mittwoch 0:00 Zeit die unaufschiebbaren Anträge, ohne Rechtsverlust schriftlich stellen zu können. gegen 15h endete dieser 1. Prozesstag.
Begleitet wurde der erste Prozesstag von einer Soli-Kundgebung vor dem Gericht. Etwa 50 Personen zeigten sich, trotz der frühen Uhrzeit und dem Prozessauftakt mitten in der Woche, solidarisch mit den Angeklagten und es wurden mehrere Redebeiträge gehalten.

Nach einer Pause wird der Prozess am 21.09. und 24.09. fortgesetzt. Danach wird immer montags und mittwochs jeweils ab 09.30 verhandelt.
Die Termine am 19.10. und 21.10. entfallen.
Besucht die Verhandlungen und zeigt euch im Gerichtssaal und anderswo solidarisch mit den Angeklagten!

Weitere Infos unter:
https://breitesoli.noblogs.org

Aktuelles und Zwischenstand zum Fall der Verdeckten Ermittlerin Iris Plate

Mehr als ein halbes Jahr nach unserer Veröffentlichung vom November 2014 zum verdeckten Einsatz der LKA-Beamtin Iris Plate in Hamburger linken Strukturen fällt ein (Zwischen-)Fazit zwiespältig aus. Einerseits ist das mediale Echo weit über das hinausgegangen, was wir selbst erwartet hatten, andererseits sind die Reaktionen der Szene eher verhalten geblieben. Obwohl sich im Laufe der Monate und nach mehreren Innenausschüssen gezeigt hat, dass die Hamburger Polizei offen Rechtsbruch betrieben hat, sind die Konsequenzen bisher überschaubar geblieben.

Rezeption und Reaktion

Erfreulicherweise gab es ein bundesweites Presseecho, welches auch weiter den Verlauf der „Spitzelaffäre“ begleitet. In Hamburg setzte eine ausführliche Berichterstattung erst ein, nachdem in überregionalen Medien wie der Frankfurter Rundschau und der Süddeutschen Artikel erschienen waren: NDR und MOPO wollten es sich unseres Erachtens nicht mit der Polizei verscherzen, zumindest lässt ihre spärliche Berichterstattung über den Fall Iris Plate diese Schlussfolgerung zu.

Wie skandalös es ist, wenn eine verdeckte Ermittlerin / Beamtin für Lageaufklärung in einer Radioredaktion mitarbeitet, musste der Öffentlichkeit und der Innenbehörde erst durch die Deutsche Journalisten Union erklärt werden. Die Dimension des „schweren Eingriffes in die Rundfunkfreiheit“, nämlich die Aushebelung des Redaktionsgeheimnisses und des Quellenschutzes schien bei einem linken freien Projekt in der Berichterstattung bis dahin keine große Rolle zu spielen.

Die Veröffentlichung der Privatadresse der LKA-Beamtin diente verschiedenen Zielen: Damit wurde überprüfbar, dass „Iris Schneider“ und Iris Plate, die LKA-Beamtin, ein und dieselbe Person ist und es verunmöglichte der Gegenseite, die Recherche abzustreiten. Die folgende Berichterstattung baute dann bei der Hamburger Polizei so viel Druck auf, dass deren übliche Strategie der Leugnung und des Aussitzens öffentlicher, unangenehmer Nachfragen nicht greifen konnte. Ferner lässt es nachfolgende Ermittler_innen überlegen, ob sie ihr Privatleben mit dem Einsatz aufs Spiel setzen wollen.

Der Pressesprecher der Hamburger Polizei, Mirko Streiber erwirkte eine Rüge gegenüber mehreren Medien beim Deutschen Presserat wegen der Nennung des Klarnamens der Beamtin. Wir halten Iris Plate jedoch für eine Person des öffentlichen Interesses und danken hiermit denjenigen, die uns durch ihre Folge-Berichterstattung unterstützt haben.

Bis heute wissen wir selbst nicht, wie viele Personen von dem fünfjährigen Einsatz vor 8 Jahren betroffen waren, wir gehen von mehreren Hundert aus. All jene, die ausspioniert wurden, haben ein Anrecht darauf, zu erfahren, wer „Iris Schneider“ wirklich war.

Wie wir z.B. erst kürzlich erfahren haben, ist auch die bundesweite Aktion „Einmal im Leben pünktlich sein“, die mit der Blockade der Hafenstraße für die Akzeptanz und den Erhalt von Bauwagenplätzen kämpfen wollte, durch sie verraten worden. Das ist übrigens ein eindrucksvolles Beispiel für die Verletzung journalistischen Quellenschutzes.

Die Vorgänge um diesen Fall fanden sogar Eingang in den Grundrechtereport 2015. Das zeigt auch wie weitreichend dieser Skandal ist, der überregional als massiver Eingriff in die Grundrechte wahrgenommen wurde. Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit wird dort nicht so lapidar abgetan, wie dies Senator Neumann vor dem Innenausschuss tat.

Die Resonanz innerhalb der linken Szene ist schwieriger einzuschätzen. Die Erstauflage unserer Broschüre ist zwar nahezu vergriffen, aber ob die eigenen Strukturen für einen besseren Umgang mit Verdachtsfällen von eingeschleusten Polizist_innen sensibilisiert sind, bleibt offen. Außer einer zwar gut besuchten Veranstaltung zur Enttarnung von Plate im Dezember 2014 in der Roten Flora, auf der wenig diskutiert wurde, ist nicht viel passiert. So gab es in linken Medien kaum eine politische Auseinandersetzung mit unserer Veröffentlichung. Wir hoffen, dass wir durch unseren selbstkritischen Text andere anregen konnten, ihr eigenes Handeln in vergleichbaren Situationen mehr zu hinterfragen. Wir wünschen uns, dass Menschen im eigenen Zusammenhang diskutieren und die nötige Verantwortung bei der Überprüfung eines Verdachtes übernehmen.

Hier sei nochmal ausdrücklich darauf hingewiesen: Es geht alle an: Egal ob verdeckte Ermittler_innen, BfL, oder V-Leute, sie können euch näher kommen als ihr euch das wünscht. Unserer Einschätzung nach sind immer mehrere BfL gleichzeitig in unterschiedlichen Szenen in Hamburg aktiv, für das Jahr 2004 wissen wir neben Plate zusätzlich von Krumbeck.

Es sollte mehr darum gehen, wie bei anderen Arten von Repression auch, Instrumente zur Prävention und Handlungsoptionen zu entwickeln. Bei Verdachtsfällen von möglichen Zuträger_innen von Polizei/Verfassungsschutz hat sich trotz aller Veröffentlichungen der letzten Jahre (siehe u.a. „Kirsti Weiß“, „Stefan“, „Christian Trott“/Kristian Krumbeck, Simon „Brenner“/Bromma) noch immer kein akzeptabler Umgang mit solchen Problemen verfestigt.

Hinterher locker mit einem „Ich hab's ja immer gewusst“ zu kommen, dient nur der eigenen Selbstbestätigung und Distanzierung, keinesfalls aber dem Schutz der betroffenen Strukturen.

Die Auswahl und der Einsatz von vE und BfL passiert nicht zufällig. Dahinter steht ein über Jahre entwickeltes System, von psychologischen Eignungskriterien der Beamtin auf der einen Seite auf der anderen Seite wird aber auch unsere Szenen mit ihren Verhaltensweisen und Rollenvorstellungen sehr genau analysiert. So sagt die Auswahl von vE auch viel über uns selbst und unseren alltäglichen Umgang aus.

Angeregt durch das lesenswerte Papier “Ausgeforscht” der Radio Gruppe re[h]v[v]o[l]te (letzte ZECK oder vrehvvollte.blogsport.eu), haben wir uns über das Thema Gender und daran geknüpfte Rollenvorstellungen im Zusammenhang mit verdeckt eingesetzten Beamt_innen ausgetauscht.

Schnell sind wir dabei allerdings auch auf andere sozial/gesellschaftliche (Grund-) Vorstellungen kommen.

Viele von rehvvollte benannte Punkte teilen wir: “dass man Frauen auf politischen Treffen eine beobachtende, viele Fragen stellende Rolle tendenziell eher abnimmt als Männern.” Und dass sich “Frauen gerade in gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen oft durch ihre zuverlässige organisatorische Beteiligung, etwa das Koordinieren von Terminen, das Kümmern um Räume, das Vorbereiten von Veranstaltungen bewähren.”

Sowohl Iris Vielzahl an Kontakten, wie auch die vielen verschiedenen Felder der radikalen Linken in denen sie sich bewegte, waren für sie als (lesbische) Frau einfacher zugänglich.

In linksradikalen Zusammenhängen sind je-

doch nicht nur die klassischen zurückhaltenden, fragenden und Reproduktionsarbeit leistenden Frauen gerne gesehen bzw. übersehen. Demgegenüber stehen Frauen, die laut ihre Meinung sagen und sich durchsetzten können; sie gelten als taff und werden in unseren Kreisen als positives Rollenmuster gesehen.
Diese Form von Durchsetzungsfähigkeit spielt im Berufsfeld „Polizei“ eine ambivalente Rolle. Die Polizei rühmt sich, dass im Jahr 2014 „bereits 35-40% Frauen in Hamburg“ in ihren Reihen tätig sind. Polizeibeamtinnen, die sich einen Platz in einem hierarchischen patriarchal strukturierten System, das von Konkurrenz untereinander profitiert, sichern wollen, werden eher als emanzipiert wahrgenommen.
Männer, die in diesen Berufsfeld Karriere machen wollen, würden in der Mehrzahl mit einer solchen Durchsetzungsfähigkeit in linken Zusammenhängen eher negativ auffallen.
Zudem wurde Iris ihre Verletztheit über den Vertrauensbruch nach der ersten Verdächtigung, die sie extrem nach außen kehrte und mit Tränen untermalte, abgenommen, eine solche Show wäre für einen Hetero-Mann ungleich schwerer.
In einigen linken Gruppen ist die Frauenquote nicht hoch und Frauen werden mit Freude zur Mitarbeit willkommen geheißen.
Vermutlich wird es nicht mehr lange dauern, bis verdeckte Beamt_innen mit „Migrationshintergrund“ in linken Strukturen eingesetzt/enttarnt werden. Zumal die Polizei sich deutlich bemüht, Personen nicht deutscher Herkunft (auch in 2. oder 3. Generation) für die Ausbildung anzuwerben.
„Bei der Polizei Hamburg kann sich jeder bewerben, der seinen legalen Aufenthalt dauerhaft in Deutschland hat. Die dt. Staatsbürgerschaft ist grundsätzlich nicht erforderlich.“ Insgesamt hatten 2014 in der Hamburger Verwaltung (zu der auch die Polizei zählt) von den jährlich 800 Auszubildenden 15,2 % einen „Migrationshintergrund“, wie die Stadt stolz verkündet.
Der Bruch mit Eltern, wie in Plates Legende, wird in unseren Zusammenhängen akzeptiert, da auch viele von uns Kritik an ihren Eltern oder auch mit ihnen gebrochen haben. Grundsätzlich ist es evtl. heute aufgrund fehlender Organisiertheit leichter, verdeckte Beamt_innen in der radikalen Linken einzusetzen und die Überprüfung von Leuten nicht generell verdachtsunabhängige Routine.

Politische Konsequenzen
Für die Hamburger Polizei ist die Plate-Enttarnung ein Desaster, am Ende wird die verantwortliche Staatsschutzabteilung wahrscheinlich „mit einem blauen Auge“ davon kommen. Die in den Medien kolportierte Versetzung des jetzigen Leiters des Staatsschutzes, Andreas Hoffmann als damaligen Verantwortlichen für den Plate-Einsatz, wird ein Bauernopfer gewesen sein. Der nachträgliche öffentliche Wirbel wirft auch auf Iris Plate ein schlechtes Licht, womit sich ihre Aufstiegschancen im Apparat erledigt haben dürften.
In der Politik sind die Rollen überschaubar verteilt: SPD-Innensenator Neumann simuliert Aufklärung, die immer so viel preisgibt, wie die Öffentlichkeit schon weiß, unter anderem um damit SPD-Oberbürgermeister Scholz (damals Brechmittel-Innensenator) aus der Schusslinie zu halten.
Die CDU und Polizeigewerkschaften schweigen peinlich berührt und hoffen, dass alles nur irgendwie vorbei geht. Die Grünen interessiert als neuer Juniorpartner der rot-grünen Koalition nicht mehr ihr Oppositionsgeschwätz von gestern – bleiben die Linken und Einzelpersonen der FDP, die inhaltlich ernstzunehmende Fragen stellen, die aber aus zuvor beschriebenen Gründen unbeantwortet bleiben.

Die bewusste Vermengung der Kompetenzen von verdeckter Ermittlung und zeitgleicher verdeckter Lageaufklärung und damit verbundener Befugnisse, die einander eigentlich ausschließen, dienten der gezielten Aushebelung rechtlicher Schranken. Die aufgedeckten Rechtsbrüche sind Teil eines Systems, das auch nach dem Einsatzende der LKA-Beamtin Plate weitergeführt wird, wie sich auch im aktuellen Fall um Maria Böhmichen zeigt.re

Bisherige Erkenntnisse
Auf die Frage, warum der offensichtliche Rechtsbruch, diese absurde Konstruktion aus verdeckter Ermittlerin (VE, konkrete Tatbestandsermittlung, weitreichende Befugnisse) und Beamtin für Lageaufklärung (BfL'in, allgemeine Aufklärung, eingeschränkte Befugnisse) in ein und derselben Person, nach dem Motto „Heute BfL, morgen VE“ in der Vergangenheit niemals hinterfragt wurde, hüllt man sich in peinlich berührtes Schweigen bei den zuständigen polizeilichen und politischen Stellen. Und dass von diesem Konstrukt ausgiebig Gebrauch gemacht worden sein muss, erschließt sich aus dem Umstand, dass diese Praxis jetzt bundesweit (!) explizit verboten wurde. Ein Hinweis mehr darauf, dass dieses Vorgehen Normalität war und es sich nicht um einen Einzelfall in Hamburg gehandelt hat. Insbesondere da Plate ja sowohl für BKA, das LKA Schleswig-Holstein und eben Hamburg im Einsatz war und ihre Berichte auch den Weg zum Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) gefunden haben. Die Ausnahme in diesem Fall ist lediglich, dass diese Praxis durch die Enttarnung von Iris Plate nun ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt wurde.

Dazu behaupten Polizei- und Behördenvertreter, hier würde eine polizeiliche Praxis aufgearbeitet, die zeitlich lange zurückliege und die gegenwärtigen Verantwortlichen nicht beträfe. Wir hingegen sind davon überzeugt, dass gegenwärtig noch immer politische Zusammenhänge der linken Szene in Hamburg durch die Polizei rechtswidrig mit geheimdienstlichen Methoden überwacht werden.

Grundsätzlich bleibt es seit Dezember letzten Jahres dabei, mittels durchschaubarer „Salamitaktik“ immer nur so viel offen zu legen oder zu korrigieren, wie aufgrund des öffentlichen Drucks nötig ist.
In der Innenausschuss-Sitzung vom Januar 2015 erklärte zunächst der Innenbehördenverteter Krösser, man habe insgesamt 68 Sachberichte, die das LKA im Rahmen der Zusammenarbeit dem LfV übermittelt habe, der LKA-Beamtin Plate als Autorin zuordnen können. Sie habe diese Berichte in ihrer Eigenschaft als BfL'in erstellt, woraus sich ergibt, dass sie gemäß den rechtlichen Vorgaben keine personenbezogenen Daten hätte erheben dürfen. Nach dieser Darstellung Krössers stellte die Mitarbeiterin des Datenschutzbeauftragten, Frau Karakuş, allerdings klar, dass eine von ihr erfolgte Inaugenscheinnahme genau dieser Dokumente ergeben hat, dass in diesen Berichten sehr wohl in erheblichen Umfang personenbezogene und personenbeziehbare Daten enthalten sind. Neben Klarnamen enthielten diese Berichte so konkrete Angaben, dass diese auf Personen bezogen werden könnten und damit die formalen Rechtsgrundlagen für den Einsatz als BfL'in nachweisbar missachtet wurden. Zudem wies der Hamburgische Datenschutzbeauftragte Caspar darauf hin, dass es schwerwiegende Hinweise darauf gibt, dass das verfassungsgemäße Gebot der Trennung von Geheimdienst und Polizei unzulässig aufgeweicht wurde und die Rechtmäßigkeit des Einsatzes grundsätzlich in Frage stehe.

In der Innenausschusssitzung vom Dezember 2014 wurde noch behauptet, Befragungen der damals am verdeckten Einsatz beteiligten Beamt_innen hätten ergeben, dass es keinen dienstlichen Auftrag und keine Kenntnis über ein Engagement von Plate im Radiosender „Freies Senderkombinat“ (FSK) gegeben habe. In der Sitzung vom 07.01.15 wurde zugegeben, dass eine zweite Befragung gegenteilige Erkenntnisse

ergeben hätte. Man habe nicht nur Kenntnis von Plates redaktionellen Mitarbeit im FSK gehabt, sondern dies zum einen zur Aufrechterhaltung der Legende ausdrücklich gebilligt und zum anderen allgemeine Erkenntnisse aus dieser Mitarbeit innerhalb der Aufgabenwahrnehmung als „Beamtin für Lageaufklärung“ (BfL) genutzt. Es erscheint absolut lebensfremd, dass dieser Umstand erst durch eine zweite Befragung ans Licht kam. Vielmehr hat der öffentliche Druck und die fortgesetzte Presseberichterstattung unseres Erachtens dafür gesorgt, dass die Verantwortlichen in dieser Frage die Flucht nach vorne angetreten haben.

Die Behauptung hinsichtlich der Tätigkeit der LKA-Beamtin Plate als verdeckte BfL'in sei rechtlich durch die gesetzlichen Bestimmung gedeckt gewesen, hat sich nicht zu letzt mit der Veröffentlichung von re[h]v[v]o[l]te Radio, einer Sendung auf FSK vom 8. Mai 2015 als offensichtliche und bewusste Lüge erwiesen. Durch diese Veröffentlichung (rehvvollte.blogsport.eu) war der Senator und seine Behörde abermals in Zugzwang geraten. In der ersten Innenausschuss-Sitzung der 21. Legislaturperiode der Hamburger Bürgerschaft am 15. Juni 2015, nun unter Rot-Grüner Regierung, mussten die bisherigen Auskünfte erneut korrigiert werden. Da die Beamtin, wie Polizeipräsident Meyer referierte, wenige Tage vor der Sitzung in einer erneuten dienstlichen Befragung angab, „dass sie im FSK gearbeitet und den betreffenden Jingle erst erstellt habe. Auch gibt sie an, Wohnungen ihres damaligen sozialen Umfeldes betreten und an Ausflügen teilgenommen zu haben. All dies sei zur Aufrechterhaltung ihrer Legende geschehen. Ihr Handeln sei jeweils mit ihrer VE-Führung abgesprochen gewesen, zudem habe sie auch mit anderen Vorgesetzten über ihre Tätigkeit gesprochen. Alle Wohnungsbegehungen seien durch sie dokumentiert oder gemeldet worden.“ Die Vorgesetzten sind „ihre VE-Führer, der zuständige Dienststellenleiter, stellvertretende Abteilungsleiter sowie der Abteilungsleiter selbst“ (Prot Innenausschuss 20/35).

Laut Aussagen Vahldiecks (ex VS-Chef HH) vor dem NSU-Ausschuss BW, ist bei verdeckten Ermittlungen (im rechten Spektrum) mit einem „Backoffice“ von 5-8 Personen zu rechnen. Dass sich so viele Menschen im Fall von Plate an nichts erinnern können ist mehr als unglaubwürdig.

Die bisherigen Ermittlungen erfolgten durch eine aus den Reihen des LKA gebildeten Ermittlungsgruppe. Die eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Um glaubwürdig zu erscheinen, soll nun die Innenrevision der Innenbehörde und die Disziplinarabteilung der Polizei übernehmen. Wir sind nicht davon überzeugt, dass diese entschlossen und unabhängig arbeiten werden... selbst wenn, werden die Ergebnisse, die diese Behörden liefern, überhaupt veröffentlicht?

Es scheint, dass die von Innensenator Neumann (SPD) verteidigte „List und Tücke“ verdeckter Ermittlungen auch auf den Aufklärungswillen der Innenbehörde und Polizei zutrifft. Fintenreich wird eine umfassende Aufdeckung der Umstände des Einsatzes der LKA-Beamtin Plate verhindert. Die öffentlich zur Schau getragene angebliche selbstkritische Aufarbeitung ist eine Farce!

Die Rolle der Polizei

Es geht hier nicht darum den guten Staat anzurufen, um es hier klar zu stellen, den guten Staat gibt es nicht.

Die von außen erzwungene polizeiinterne Aufarbeitung der Affäre ist gescheitert. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass Innensenator Neumann wegen der „Möglichkeit von interpersonellen Konflikten, die einer sachorientierten Aufklärungsarbeit entgegen stehen würden“ die LKA-interne Arbeitsgruppe auflöst und die Ermittlungen der Disziplinarabteilung der Polizei und der Innenrevision überträgt.

Die Polizei entzieht sich, mit Unterstützung des Senates, der parlamentarischen Kontrolle und wird zum eigenständigen politischen Akteur. Hierbei wird sie tatkräftig vom autoritären Wadenbeisser Lenders, dem Chef der DPolG. unterstützt. Dieser sitzt mittlerweile für die CDU in der Bürgerschaft. Zuletzt wurde in der Auseinandersetzung um das KoZe, durch die Polizei Politik gemacht. Die Entscheidung des Senats, das KoZe zu tolerieren, war nicht in ihrem Sinne, so dass durch gezielte Pressemitteilungen der Polizei versucht wurde, die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Die Polizei verhält sich seit Jahren immer selbstherrlicher und schert sich wenig um die Gesetze. Wenn es ihr z.B. nicht passt, dass eine Demonstration ausnahmsweise durch die Innenstadt laufen darf, wird diese aufgestoppt. Sinngemäß heißt es dann aus der Einsatzleitung: Was juckt es uns, wenn dieser Einsatz in drei Jahren als rechtswidrig eingestuft wird. Dies ist in den letzten Jahren öfter passiert. Ein Beispiel dafür ist der Angriff auf die Demonstration zur Verteidigung der Roten Flora am 21.12.2013, durch die Polizei, weil sie angeblich drei Minuten zu früh losgegangen sei. Der Polizeiapparat ist durch das Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) und das Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei (PolDVG) losgelöst von politischer oder juristischer Kontrolle.

Im SOG und dem PolDVG ist der Polizeistaat schon angelegt. Mit diesen Regelungen ist es der Polizei möglich ohne Richtervorbehalt Telefone und Wohnungen abzuhören, Beobachter für Lageaufklärung einzusetzen und den „Ausnahmezustand“ auszurufen, d.h. Teile der Stadt zu Gefahrengebieten zu erklären. Das Oberverwaltungsgericht hat zwar in einem Urteil am 13.06.2015 Gefahrengebiete für verfassungswidrig erklärt. Dies führt aber nicht dazu, dass diese abgeschafft werden, der „Grüne“ Justizsenator Steffens erklärte diese dennoch als unverzichtbar. Wie sonst könnten im ältesten Gefahrengebiet der Stadt, auf St. Georg, Sexarbeiter_innen und Drogenkonsument_innen durch die Polizei drangsaliert werden, oder die Waffenverbotszone auf dem Kiez durchgesetzt werden. Trotz einem Urteil das Gefahrengebiete als Verfassungswidrig erklärt, werden diese beiden Gefahrengebiete bestehen bleiben.

Die Praxis der Polizei, Beobachter für Lageaufklärung in linken Strukturen einzusetzen, geht weit zurück. So wurden die, damals noch als Verdeckte Aufklärerin bezeichneten Christina Manz 1990, Nicole Drawer 1993 oder „Stefan“ 1998 in der Flora enttarnt. Die Rechtsgrundlage dafür fußt auf §2 Abs. 3 Satz 3 PolDVG. Die Polizei kann diese verdeckt spitzelnden Beamt_innen nach eigener Einschätzung einfach einsetzen, kein Richter oder Staatsanwalt muss zustimmen.

Diese Entwicklung, die Polizei der politischen und juristischen Kontrolle zu entziehen, ist keine genuine Hamburgensie, die Entwicklung in der Rest-BRD geht ähnliche Wege. Die Aufweichung der Trennung von Polizei und Geheimdienst ist erklärtes Ziel der Verfechter von „Law and Order“. Ihnen ist die, aus der Erfahrung des Nationalsozialismus stammende, Trennung von Polizei und Geheimdiensten ein Dorn im Auge. Sie träumen von einer Polizei mit explizit weitreichenden geheimdienstlichen Befugnissen. Erste bundesweite Ansätze dazu sind in den behördenübergreifenden Lagezentren zur Terrorismusbekämpfung, in denen Polizei und Geheimdienste zusammenarbeiten, und den immer mehr ausgeweiteten Befugnissen des BKA zu sehen.

Ein (vorläufiges) Fazit

Für uns steht fest: Die Aufarbeitung um die verdeckte Ermittlerin Iris Plate ist noch nicht beendet. Bisher jedoch ist sie mehr als lächerlich: Monate, in denen ein Team

der Innenbehörde Akten wälzt, ohne etwas zu finden. Eine Beamtin, die über ihre dienstliche Tätigkeit schweigen oder reden kann wie es ihr beliebt, KollegInnnen und Vorgesetzte, von denen sich keiner angeblich mehr erinnert.
Die Kombination aus Beamtin für Lageaufklärung und verdeckter Ermittlerin ermöglichte es dem LKA , seine Beamtin über einen Zeitraum von 5 Jahren beliebig und willkürlich in den persönlichsten Bereich verschiedenster Menschen eindringen lassen. Sie hat sehr persönliche Beziehungen vorgetäuscht, Privatwohnungen betreten, sich aber auch z. B. Berufsgeheimnisträgern genähert, um eine Flut an Informationen zu sammeln. Laut Innensenator Neumann dürfe man das nicht „moralisch" sehen, eine gewisse „List und Tücke" gehöre dazu. Im Innenausschuss vom 07.01.2015 wollte die Mitarbeiterin des Hamburger Datenschutzbeauftragten, Karakuş, über personenbezogene und personenbeziehbare Daten, die sie in Akten des LfV, die dieses, dem Trennungsgebot zum Trotz, vom LKA bekommen hatte, berichten. Hier zeigte Neumann seinen vollen Aufklärungswillen, indem er ihr empört über den Mund fuhr. Die Information, dass regelhaft Berichte von BfL vom LKA an den Verfassungsschutz gehen, soll nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Von der Überwachung Betroffene sollen wohl darüber offiziell am besten nie Informationen erhalten. Wir reden von Radiomacherinnen und Floranutzerinnen, Organisatorinnen des Ladyfestes und anderer Veranstaltungen, der Anbieterinnengemeinschaft und Fördermitgliedern des FSK, Berufsgeheimnisträger aber auch Gastgeberinnen von Privatparties, Köchinnen in Volxküchen, etc.
Auf der letzten Innenausschusssitzung im Juni 2015 gab der Vertreter der Innenbehörde, Polizeipräsident Ralf Meyer, bekannt, dass es sich beim Einsatz als vE von Oktober 2002 bis April 2004 auf Betreiben der Bundesanwaltschaft um ein Verfahren im Zusammenhang mit dem RAF-Auflösungspapier gehandelt haben solle. Das ist wieder ein Krumen, der hingeworfen wird, um der Öffentlichkeit Fortschritte in der Aufklärung vorzutäuschen. Wie viel Wahrheitsgehalt darin steckt? Dazu nur so viel: Ein Großteil derjenigen, die jahrelang durch Iris Plate observiert wurden, hätten altersmäßig die Kinder der letzten RAF-Generation sein können und waren meist kurz vorher erst nach Hamburg gezogen...

To be continued?

Mit der Veröffentlichung ist es gelungen, etwas Licht in das Dunkel einer Praxis zu bringen, die die Staatsschutzabteilung der Polizei in der Vergangenheit vor öffentlichen Nachfragen abgeschottet hatte. Dass die Umstände des Einsatzes der LKA-Beamtin Plate seit November 2014 Thema im Innenausschuss der Hamburger Bürgerschaft sind, ist ein Teilerfolg. Ein bitterer Nachgeschmack bleibt: Verdeckte Maßnahmen werden auch in Zukunft durchgeführt, mit allen Konsequenzen, politischer wie privater Natur, evtl. etwas geschickter.

Dass wir mit diesen Befürchtungen recht hatten, zeigt die Enttarnung der Beamtin Maria Böhmichen (enttarnungen.blackblogs.org). Es ist alles wie bekannt: Betreten von privaten Wohnungen, intime und sehr persönliche Kontakte... Wir sind gespannt, ob in dem neuen Fall nicht wieder Akten und Schriftstücke gelöscht und verschwunden sein werden und ganze LKA oder Staatsschutzabteilungen Demenzsymptome zeigen.

Um abschließend einem Missverständnis vorzubeugen: Wie auch die erneute Enttarnung zeigt: Es ist nicht einmalig „etwas aus dem Ruder" gelaufen ist. Vielmehr drückt sich in dem aktuellen Fall der fortdauernde politische Wille der Repressionsbehörden aus, sich noch nicht mal an eigene Gesetze zu halten. Man hofft darauf, einfach nicht dabei erwischt zu werden…..

Trotz allem fordern wir endlich die Aufarbeitung der Umstände von Einsätzen verdeckter Ermittler durch eine unabhängige Instanz außerhalb der Polizei!

Recherchegruppe

Enttarnung der ehemaligen verdeckten Ermittlerin Maria „Block" / Böhmichen in Hamburgs linker Szene

Gekürzt, alles unter: https://enttarnungen.blackblogs.org abrufbar.

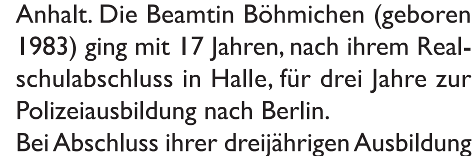
1 Einleitung

Mit diesem Text soll über die Aktivitäten der verdeckten Ermittlerin Maria Böhmichen (*1983) informiert werden. Sie war unter dem Decknamen „Maria Block" mindestens von 2009 bis 2012 in der Hamburger linken Szene aktiv. Sie ist nachwievor Polizeibeamtin und wohnt mit ihrem Partner und einer kleinen Tochter im Friedrichshulder Weg 81 in Hamburg-Halstenbek.
Ihre nachträgliche Enttarnung ist, wie viele andere Enttarnungen, einem Zufall geschuldet. Diese Veröffentlichung gibt einen Überblick über die Aktivitäten der Beamtin. Nicht alle uns vorliegenden Informationen werden in dieser Veröffentlichung aufgeführt.
Der Hauptfokus ihrer verdeckten Ermittlung lag im Bereich des Antirassismus, doch das vorgebliche Interessenfeld der Beamtin Maria Böhmichen war breiter. So ermittelte sie außerdem in den Schwerpunkten Antifaschismus, No-IMK und in städtischen Konflikten, z.B. denen ums Autonome Zentrum Altona, und interessierte sich für Anti-Atom- und Klimakämpfe. Ob sie als Beamtin für Lageaufklärung (BfL) oder als verdeckte Ermittlerin (vE) eingesetzt war kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Klar ist jedoch, dass sie die rechtlichen Kompetenzen beider Szenarien weit überschritten hat. Wir verwenden in dieser Veröffentlichung den Begriff verdeckte Ermittlerin.

Zunächst wird die für die Beamtin Böhmichen aufgebaute Legende der Scheinidentität „Maria Block" vorgestellt. Anschließend werden ihre jahrelangen Aktivitäten in der linken Szene chronologisch dargestellt, wobei drei Punkte besonders beleuchtet werden:



- Die Tiefe ihrer Aktivitäten, die auch strafrechtlich Relevantes umfassen
- Ihr internationaler Einsatz, mindestens in Griechenland, Belgien und Dänemark
- Die Tiefe der Beziehungen, die sie zu Aktivist_innen aufbaute, inklusive mindestens einem sexuellen Verhältnis





Anschließend wird der Fall Maria Böhmichen mit weiteren Enttarnungen und Veröffentlichungen, wie beispielsweise der von Iris Plate, verknüpft und Parallelen herausgearbeitet. Im fünften Kapitel beschäftigen uns außerdem Fragen, die sich um den Einsatz verdeckter Ermittler_innen in der linken Szene drehen. Abschließend sind alle, die auch mit der Beamtin Maria Böhmichen zu tun hatten eingeladen sich bei uns zu melden.

2 Legende „Aktivistin“ Maria Block vs. Beamtin Maria Böhmichen

Die für die Beamtin Maria Böhmichen erstellte Legende der „Maria Block“ war im Nachhinein betrachtet an einigen Punkten widersprüchlich. Bei interessierten Fragen einzelner „befreundeter“ Personen fiel dies nicht auf, sondern es fügten sich Details zu unterschiedlichen, aber in sich schlüssigen und so zunächst nicht widersprüchlichen Identitätskonstrukten zusammen. Dass sich die Geschichten teilweise nicht deckten fanden wir erst im Nachhinein heraus. Dies liegt an dem unterschiedlichen Kontakt mit der Beamtin Böhmichen sowie auch zwischen uns.
„Maria Block“ erzählte nicht gerne über ihre Familiengeschichte, denn diese sei nicht sehr schön. Sie sei Mitte zwanzig und bei den Großeltern in Halle (Saale) aufgewachsen, da die Mutter früh verstorben sei. Der Vater sei ihr bis vor einigen Jahren nicht bekannt gewesen und lebe angeblich vermögend in Frankreich.

Ihre Legende geht noch weiter, aber an dieser Stelle lässt sich zunächst feststellen: Die Eltern der Beamtin Maria Böhmichen leben sehr wohl noch, und zwar mit ihrem Bruder tatsächlich in Halle-Dölau in Sachsen-Anhalt. Die Beamtin Böhmichen (geboren 1983) ging mit 17 Jahren, nach ihrem Realschulabschluss in Halle, für drei Jahre zur Polizeiausbildung nach Berlin.
Bei Abschluss ihrer dreijährigen Ausbildung im Jahr 2003, holte Hamburgs Schill-Regierung etliche fertig ausgebildete Polizist_innen anderer Bundesländer nach Hamburg und bot ihnen u.a. „bessere Arbeitsbedingungen“. Unter ihnen war die Beamtin Böhmichen. Nachdem sie und ihre Kolleg_innen am 28.Februar 2003 in Berlin „ausgekleidet“ wurden, kam sie im März 2003 zusammen mit anderen fertig ausgebildeten Polizist_innen zur Hamburger Polizei.

In einem Zeitungsartikel über gerade nach Hamburg gewechselte Polizist_innen in der „Berliner Morgenpost“ vom 21.7.2003 und im „Polizeispiegel“ vom September 2003 (mit Titelfoto) berichtet sie selbst über ihre Anfangszeit in Hamburg. Auf dem Cover des betreffenden Polizeispiegels ist die Beamtin Böhmichen in Uniform auf einem Streifenwagen lehnend abgelichtet. (…)
Auszüge des Berichts in „Berliner Morgenpost“ vom 21.7.2003:
Sie ist aus Sachsen-Anhalt, hatte sich schon bei der Ausbildung in Berlin darauf eingestellt, in einer anderen Stadt eine neue Existenz aufzubauen. „Ich hab hier meine erste Einsatzerfahrung bei Demonstrationen gemacht“, erzählt Maria Böhmichen. „Wir mussten unseren auf drei Wochen ausgelegten Lehrgang hier in Hamburg nach eineinhalb Wochen abbrechen, weil der Irak-Krieg begann“. "Das Klima in der [Hamburger] Polizei ist ganz anders, richtig toll“. "Ich bin hier rundum glücklich".

Einige Jahre später, als sie als „Maria Block“ in der linken Szene eingesetzt wurde gab sie an, früher eine Ausbildung in Süddeutschland als Hotelfachangestellte begonnen und abgebrochen zu haben. Sie habe nicht wirklich Pläne, noch einmal irgendeine Ausbildung oder dergleichen anzufangen.
Aufgrund einer Beziehung mit einem Mann sei sie aus Süddeutschland nach Lübeck gezogen und habe dort als Kellnerin gearbeitet. Zwei Forumseinträge aus dem März 2008 mit dem Namen „block_ade“, den sie auch für Emails mit ihrer Scheinidentität nutzte, sollen eventuell ihren Aufenthalt in Lübeck belegen. Mit dem Account wird in einem Dreadlock-Forum gefragt, ob in Lübeck jemand Dreadlocks machen könne.
Mit ihren dann schon gar nicht mehr so brandneuen Dreads, der Identität als „Maria Block“ und alleine lebend in einer Wohnung im szenigen Wilhelmsburg (Julius-Ertel-Strasse 13) begann ihr Einsatz in Hamburg. Wahrscheinlich hatte sie zuvor eine üblicherweise mehrmonatige, gesonderte Ausbildung für den Einsatz in verdeckten Ermittlungen absolviert.

Nach ihrer Aussage brauchte sie nach der Trennung von dem Mann in Lübeck Abstand und sei daher als politisch noch unerfahrene aber interessierte Person nach Hamburg gekommen. Von Wilhelmsburg zog sie später nach Bahrenfeld. Dort wohnte sie wieder alleine in einer Einzimmerwohnung, diesmal in einem anonymen Apartmentgebäude in der Langbehnstraße 19a, Klingel Nummer 60.
Beide Wohnungen waren ungewohnt „normal“ eingerichtet, mit Garfield-Poster, einem Goatuch über dem Bett, einigen eingerahmten Fotos und vor allem unpolitischen Büchern sowie kaum politischen Plakaten und ähnlichem.
Die Frage, wie sie sich finanziere, kam des Öfteren auf. Sie verwies jahrelang auf eine angebliche Tätigkeit als private Pflegekraft für die Familie einer älteren Dame in Rahlstedt. Dieser 400€-Job würde durch angebliche Unterhaltszahlungen des Vaters aufgestockt werden. Daher habe sie trotz Minijob keine finanziellen Probleme und viel Zeit. Sie behauptete öfters diese bei einer Tante und einer engen Freundin in Halle zu verbringen – auch mal ein, zwei Wochen am Stück. Die beiden wären ihr sehr wichtig gewesen. So war es auch nicht verwunderlich, dass sie bei längerer Krankheit behauptete dort zu sein, um gesund zu werden.
Einigen ist in Erinnerung, dass die Beamtin Maria Böhmichen vor allem in den ersten Jahren mehrfach Treffen absagte mit der Angabe, (noch) krank zu sein. Sie erzählte einigen in dem Kontext von einer chronische Darmerkrankung, weshalb sie in 2011/2012 angeblich sogar länger im Krankenhaus und in Pflege bei ihrer Freundin in Halle gewesen sei.
„Maria Block“ trug zwar Dreads und hat sich optisch, wenn nötig, auch ins Black Block-Outfit schmeißen können. Allgemein war sie jedoch „durchschnittlicher“ geklei-

det und nicht „super-szenig“. Sie hatte angeblich nie Lust auf Konzerte und hielt sich, bis auf einige Ausnahmen, von Solipartys und Schichten auf diesen fern. Einigen viel auch auf, dass die Beamtin Böhmichen nicht gerade einen „Szene-typischen“ Musikgeschmack hatte. Die gewisse Nicht-Angepasstheit von „Maria Block“ an sogenannte Szenecodes fanden einige Aktivist_innen aber gerade auch gut.

In 2012, zum Ende ihres Einsatzes hin, erzählte die Beamtin Maria Böhmichen von einer sich anbahnenden Beziehung zu einem Arzt, den sie auf ihrer angeblichen Arbeit kennen gelernt habe. Vorstellen wollte sie ihrer Gruppe die angebliche Beziehung trotz großem Interesse aber partu nicht und behauptete, den neuen unpolitischen Schwarm noch nicht mit den politischen Freunden überfordern zu wollen. Im selben Zeitraum vollzog die Beamtin Maria Böhmichen eine gewisse Stiländerung: Sie ließ sich z.B. die Dreadlocks rauskämmen und hatte dann glatte schulterlange braune Haare. Zeitgleich änderte sich auch ihr sonst so nähesuchendes Kommunikationsverhalten bis hin zur Nicht-Erreichbarkeit – und dann war sie weg (Mehr zum Abgang der Beamtin Böhmichen in Kapitel drei).
(…)

3 Überblick Tätigkeiten mit Chronik

Diese Chronologie ist nach bestem Wissen erstellt, allerdings beteiligte sich die Beamtin Maria Böhmichen an unterschiedlichen Strukturen. Ihr vorgetäuschtes politisches Interesse war durchaus vielfältig und nicht alles, was sie gemacht hat, ist durch uns zum jetzigen Zeitpunkt rekonstruierbar. Was wir bisher wissen ist jedoch mehr als genug, um einen Einblick in die Breite und Tiefe ihres Einsatzes zu erlangen. Wir stellen zunächst den Einstieg und die Aktivitäten der ersten zwei Jahre 2009 und 2010 dar. Anschließend gehen wir auf ihre Arbeitsfelder in 2011 bis zu ihrem Verschwinden in 2012 ein, welches wiederum gesondert analysiert wird. Eine Zeitleiste findet sich am Ende der Veröffentlichung.

Einstieg in die Hamburger AntiRa-Szene, 2009 und 2010

Angefangen hatte „Maria Block“ im Jahr 2009 mit AntiRa-Arbeit über die offene Struktur der AntiRa-Kneipe in der Hafenvokü der Hafenstraße. Aber es wurde auch Interesse am Themenschwerpunkt Antifa gezeigt, was sich im Zusenden von Emails mit Links zu thematischen Online-Dokumentationen oder unkommentierten Zitaten der NPD-Webseite, ab und an aber auch im Fragen nach privaten sowie politischen Treffen mit Aktivist_innen des Schwerpunktes äußerte. Die Beamtin Maria Böhmichen ermittelte aber nicht nur in Hamburg, sondern auch im Staatsgebiet anderer EU-Länder.

Nach unseren Recherchen fand die Beamtin Maria Böhmichen ihren Einstieg in die Hamburger linke Szene Anfang 2009 über ein offenes Treffen zur Organisation einer AntiRa-Bühne auf dem Alternativen Hafengeburtstag. Im Zuge dessen knüpfte Sie u.a. Kontakte zum Kollektiv der AntiRa-Kneipe in der Hafenvokü. Ab diesem Zeitpunkt engagierte sich „Maria Block“ über mehrere Jahre im Kollektiv der AntiRa-Kneipe, nahm regelmäßig an Plena teil und organisierte Veranstaltungen mit. Sie beteiligte sich auch an Soli-Veranstaltungen und übernahm Ende 2009 beispielsweise eine Barschicht im und für den Infoladen Wilhelmsburg.
Sowohl im Wohnort Wilhelmsburg als auch in der AntiRa-Kneipe knüpfte sie Kontakte zu anderen Aktivist_innen und baute „Freundschaften“ auf, die mindestens ein sexuelles Verhältnis zu einem Aktivisten der AntiRa-Kneipe im Oktober/November 2009 mit einschließen. Hierzu mehr im Kapitel 4.
Sie beteiligte sich auch an antifaschistischen Demonstrationen. So auch am Blockadekonzept eines Naziaufmarsches in Lübeck im März 2009.
Im August 2009 flog die Beamtin Maria Böhmichen mit einer Gruppe von Aktivist_innen aus Hamburg nach Griechenland und beteiligte sich am NoBorder-Camp auf Lesvos, welches vom 25.- 31.08.2009 stattfand. Im Anschluss an das Camp folgten in Hamburg Aktions- und Infoveranstaltungen unter dem Motto „Azadi heißt Freiheit“ (09.11. & 13.11.2009), an deren Organisation sich die Beamtin Maria Böhmichen ebenfalls beteiligte.(…)
Ihr zweiter „Auslandseinsatz“ als verdeckte Ermittlerin folgte im Dezember 2009. Diesmal fuhr sie, wieder mit einer Gruppe Hamburger Aktivist_innen, nach Kopenhagen (Dänemark) und beteiligte sich an den Gegenprotesten zur UN-Klimakonferenz. Hierbei wurde die Beamtin Maria Böhmichen von dänischen Sicherheitskräften festgenommen, wie auch in einem Fernsehbericht zu den Protesten zu sehen ist.
Hinzu kommen weitere „Auslandsaufenthalte“ in Belgien. Vom 25.09. - 03.10.2010 fand in Brüssel das NoBorder-Camp statt, zu dem sie ebenfalls mit Hamburger Aktivist_innen reiste. Im Vorfeld des Camps nahm die Beamtin Maria Böhmichen mit Hamburger Aktivist_innen an einem Camp-Vorbereitungstreffen in Brüssel teil, bei dem auch der enttarnte verdeckte Ermittler Simon Bromma (Heidelberg) anwesend war. Sie beteiligte sich an der Mobilisierung nach Brüssel und trat als eine der Referierenden bei der Infoveranstaltung zum NoBorder-Camp Brüssel 2010 in der Roten Flora auf. Während des Camps nahm sie nicht an Demos oder Aktionen teil, sondern blieb vorwiegend bei anderen Aktivist_innen im Camp. Allerdings holte sie Menschen an einer Polizeistation ab, die aus dem Gewahrsam entlassen wurden. (…)
Im Jahr 2010 beteiligte sich die Beamtin Maria Böhmichen außerdem an den Vorbereitungen zu einem AntiRa-Kongress, der vom 14.-17.10.2010 in der Roten Flora stattfand. Interessierten war der Zugang zum Vorbereitungskreis über offene Vorbereitungstreffen in der AntiRa-Kneipe ermöglicht worden. In der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses engagierte sie sich v.a. in organisatorischer Hinsicht.
(…)

Ebenfalls über ein offenes Treffen kam sie ins No-IMK-Bündnis. Dieses organisierte Gegenproteste gegen die Innenministerkonferenz im November 2010 in Hamburg. Zu den No-IMK-Aktionen gehörte auch eine Antirepressions-Demo, an deren Vorbereitung sie beteiligt war.
Ihr „Engagement“ innerhalb der linken Szene orientierte sich aber nicht nur an größeren Projekten. Auch war die Beamtin Maria Böhmichen an Aufgaben wie Tresenschichten bei Soliveranstaltungen in linken Zentren, beispielsweise im Infoladen Wilhelmsburg, interessiert. (…)

Aus dem Jahr 2011 bis zu ihrem Abgang im Sommer 2012

In den Jahren 2011 und 2012 beteiligte sich die Beamtin Maria Böhmichen an verschiedenen Aktionsfeldern, vor allem an der „Kampagne für ein Autonomes Zentrum in Altona“ (AZA), den Vorbereitungen für einen „Kongress gegen antimuslimischen Rassismus“ in der Roten Flora und schließlich dem autonomen Antifabündnis zur Vorbereitung von Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch („TddZ“) am 2. Juni 2012. Ende des Sommers 2012 verschwand die Beamtin Böhmichen. Für ihren Abgang ließen sich im Nachhinein zwei unterschiedliche Geschichten rekonstruieren.
Nach der Besetzung des AZ Altonas im April 2011 kam sie zusammen mit anderen politisch aktiven „Freund_innen“ zum wöchentlichen offenen Treffen für ein AZ Altona in den Räumen der Planwirtschaft (Klausstraße in Altona). Hierfür organisierte sie auch gerne mal die Schlüssel um allen aufzuschließen.
Ab dem Jahr 2011 war sie zugleich an der

Vorbereitung des Kongresses gegen antimuslimischen Rassismus, der im Herbst 2012 (also nach ihrem Abgang) in der Roten Flora statt fand, beteiligt. Diesem ging eine zeitintensive inhaltliche Auseinandersetzung mit Rassismus voraus. Dieser Kongress kann als Weiterführung des AntiRa-Kongresses 2010 in der Roten Flora gesehen werden, an dessen Vorbereitung und Durchführung die Beamtin Böhmichen ebenfalls beteiligt gewesen ist.

Die Beamtin Maria Böhmichen war außerdem mit einem Zusammenhang Teil des autonomen Antifabündnisses, das autonome antifaschistische Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch am 2. Juni 2012 („Tag der deutschen Zukunft") in Hamburg vorbereitete. Hierzu später mehr in Kapitel 4. Bei Treffen fiel sie nicht auf, beteiligte sich engagiert an Projekten und fragte ab und zu naiv nach, was jedoch nicht als Auffälligkeit eingeordnet wurde. Jedoch ist einigen in Erinnerung, dass sie zeitweise versuchte, verbal-radikale Aussagen zu provozieren. So vertrat sie beispielsweise militante Konzepte in einem unangemessenen Rahmen, wie in offenen Vorbereitungstreffen und versuchte Slogans wie „Nazis die Beine brechen" anschlussfähig zu machen. Nach Plena war sie zuverlässige „Fritz Bauch"-Kneipengängerin, was ihre Kontakte zu Aktivist_innen unterschiedlicher Zusammenhänge stärkte.



Ihr Abgang. Oder: Ich bin enttäuscht von der Szene und mach jetzt ein auf privaten Rückzug

Im Laufe des Jahres 2012 erwähnte die Beamtin Maria Böhmichen gegenüber Aktivist_innen ihrer Gruppe, dass die „Omi", welche sie angeblich für eine Familie pflege so langsam professionelle Hilfe in Anspruch nehmen müsse und das Pflegeheim nahe. Eines Tages kam die überraschende Story, sie habe sich in den Arzt der Omi verliebt, er sei ja so toll und sie wolle unbedingt mehr Zeit mit ihm verbringen. Die privaten Verabredungen, Anrufe, Mails und SMS wurden allmählich weniger und blieben schließlich ganz aus. Auf mehrfaches Nachhaken bekamen einige Personen eine persönliche Abschiedsmail, die sich als ein „ich bin enttäuscht von der Szene und mach jetzt ein auf privaten Rückzug" lesen lässt: (…)
Eine andere Person, die diese Mail nicht erhalten hat, trifft die Beamtin Maria Böhmichen zum Ende des Sommers hin zufällig auf der Straße und spricht sie auf den gering gewordenen Kontakt an. Da die Omi im Pflegeheim sei, habe sie nun endlich Freizeit, die neue Beziehung sei so toll und sie hätte ja schon immer gerne nach Australien verreisen wollen, was sie nun endlich machen würde. Nachfragen wann es losgehe und wie lange wurde mit noch zu unkonkreten Plänen und einem „bis bald, ich muss weiter" ausgewichen.
Somit wurden tatsächlich zwei Abschiedsszenarien präsentiert, die sich allerdings nicht widersprechen und daher auch keine Aufmerksamkeit erregten. Die „abtauchen in die private Beziehung"-Story hat allerdings mehr die Runde gemacht als die Australien-Geschichte – wenn noch Jahre später kurze Momente des Zweifelns über den konsequenten Abgang aufkamen wurde sich über den plötzlichen Freund unterhalten, den leider niemand kennen gelernt, sondern nur mal kurz gesehen hatte.

4 Besonderheiten

Die Tiefe der Aktivitäten, internationaler Einsatz und strafrechtlich Relevantes.
Die verdeckt ermittelnde Beamtin Maria Böhmichen war auch über Hamburg hinaus und sogar in internationalem Kontext aktiv und beteiligte sich an strafrechtlich relevanten Aktionen. Zu ihrem jahrelang aufgebauten politischen Repertoire gehören von Anfang an internationale Mobilisierungen, Aktionen und deren Vorbereitungen. Darunter fallen das NoBorder-Camp 2009 auf Lesvos, Aktivitäten gegen den Klimagipfel in Kopenhagen, wo sie sogar durch lokale Polizeieinheiten in Gewahrsam genommen wurde (Video siehe oben) und das NoBorder-Camp 2010 in Brüssel. Das heißt ihr Einsatz schloss mindestens Aktivitäten in Griechenland, Belgien und Dänemark mit ein. Die Beamtin Maria Böhmichen bewegte sich im Kontext ihres langjährigen Einsatzes in diversen Privatwohnungen und politischen Räumen der Hamburger linken Szene. Dazu gehören mindestens die Hafenvokü, die Planwirtschaft, die Rote Flora und auch Mal der Sportraum, der Schwarzmarkt, USP-Räume, der Infoladen Wilhelmsburg und das Centro Sociale. Sie hatte zumindest temporären Zugriff auf Schlüssel, dadurch dass sie zum Beispiel das Aufschließen bei Treffen übernahm oder vorgab Kleinigkeiten erledigen zu wollen.
(…)
Wir können leider keine zuverlässigen Angaben machen, zu welchen Räumen sie Schlüssel hatte oder hätte kopieren lassen können. Wahrscheinlich gehören dazu die Planwirtschaft, die Hafenvokue, der Schwarzmarkt und die Rote Flora (2011/2012).

Im Rahmen der Vorbereitungen zum No-Border-Camp 2010 nahm die Beamtin Maria Böhmichen in Brüssel zusammen mit anderen Aktivist_innen an einem Treffen teil. Hier ließ sie alles für sich auf Deutsch übersetzen, da sie nicht ausreichend Englisch spreche. Anwesenden fiel auf, dass sie wiederholt versuchte, radikalere bis militante Positionen öffentlich anschlussfähig zu machen, die für den Rahmen unangebracht waren. Der enttarnte LKA-Beamte Simon Bromma aus Heidelberg nahm übrigens am selben Treffen in Brüssel teil.
Als in Hamburg eine Info- und Mobilisierungsveranstaltung zum anstehenden No-Border-Camp in Brüssel veranstaltet wurde, gehörte die Beamtin Maria Böhmichen zu den Organisator_innen und war eine der Referent_innen in der Roten Flora. Ein Aktivist aus Brüssel, der anlässlich der Veranstaltung in Hamburg zu Gast war, wurde von ihr in ihrer Wohnung in Hamburg-Wilhelmsburg untergebracht.
Als im selben Jahr Planungen für Aktionen und Demonstrationen gegen die Innenministerkonferenz in Hamburg begannen, war die Beamtin Maria Böhmichen aktives Mitglied im offenen No-IMK-Treffen sowie in der nicht-offenen Vorbereitung der Antirepressions-Demonstration am 13.11.2010.
In einem Kneipengespräch äußerte die Beamtin Maria Böhmichen mindestens einer Person gegenüber zusammenhanglos ihre Bewunderung für „die, die das mit der Lerchenwache waren", und spielte gezielt darauf an, an Informationen über den Angriff auf die Lerchenwache im Dezember 2009 interessiert zu sein. Sie bekam jedoch keine Reaktion.

Im Vorfeld der Recht-auf-Stadt-Demonstration 2011 hatte die Beamtin Maria Böhmichen mit einigen Leuten Transparente in Solidarität mit dem AZ Altona, dem Wagenplatz Zomia, der Roten Flora und dem Kukutza in einem leerstehenden Gebäude aufgehängt. Die Transparente riefen außerdem dazu auf, Leerstand zu besetzen. Das

Betreten des Hauses kann strafrechtlich als Hausfriedensbruch geahndet werden.
Die Beamtin Maria Böhmichen nahm im letzten Jahr ihres Einsatzes in der Szene regelmäßig als Delegierte an nichtöffentlichen Treffen zur Vorbereitung antifaschistischer Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch am 2.Juni 2012 teil. Am Tag des Naziaufmarsches sowie in der Organisation im Vorfeld übernahm sie zentrale Aufgaben. Sie beteiligte sich an der Erarbeitung des Aktionskonzepts, am Aufbau und der Koordination eines „Fingers" samt Front-Transparent, vervielfältigte Mobilisierungsmatierial und organisierte eine Infoveranstaltung in einer anderen Stadt. Am Tag selber war sie als Melderin für die autonome Antifademonstration tätig und übermittelte Informationen über das Geschehen beim Demostartpunkt und drumherum an interne, nichtöffentliche Koordinationsstrukturen.
Die Demonstration wurde von Beginn an durch massives Einschreiten der Polizei am Losgehen gehindert. Dabei wurde gezielt das vorbereitete Konzept verhindert.
Dass die Beamtin Maria Böhmichen sogar in solch geschlossene Strukturen, wie die autonome Antifakoordination zum 2.Juni 2012, vordringen konnte ist (neben einer dichten Legende, s.o.) auf ihre jahrelange Tätigkeit in der linken Szene zurückzuführen. Über drei Jahre lang war die sie zuvor aktiv in verschiedenen Zusammenhängen und hatte sich das Vertrauen verschiedener Menschen erschlichen. Zu den Strukturen in denen sie aktiv war gehören neben einem autonomen Zusammenhang mindestens die AntiRa-Kneipe in der Hafenvokü, das AZ-Altona Plenum, der Vorbereitungskreis für einen Kongress gegen antimuslimischen Rassismus 2012 in der Roten Flora, sowie der AntiRa-Kongress 2010 am gleichen Ort, das NoBorder Camp 2009 und 2010 und das No-IMK-Vorbereitungstreffen gegen die Innenministerkonferenz 2010 in Hamburg.

Neu in Hamburg ankommen und Kontakt zur Szene suchen tun etliche Menschen. So ist es nicht verwunderlich, dass neue Menschen nach einiger Zeit aktiven Mitmachens irgendwann gewisse Strukturen kennen lernen und teil davon werden. Die Beamtin Maria Böhmichen brachte sich ein, machte mit, organisierte viel und führte Diskussionen – wenn sie sich denn inhaltlich beteiligte – mit radikalen Positionen. Sie beteiligte sich in antirassistischen und antifaschistischen Kämpfen, in der Hafenvokü, Flora und der Erkämpfung eines Autonomen Zentrums in Altona und so einiges mehr. Dabei war sie nicht nur eine Einzelperson, die einfach auftauchte, sondern stellte sich oft zusammen mit anderen politisch aktiven Freund_innen vor. Die Ebene persönlicher Beziehungen ist wichtig hervorzuheben, denn sie reichte von „hey süße" und „küsschen" in Mails über Geburtstagsfeiern und Verabredungen in Privatwohnungen bis zum sexuellen Verhältnis.



Die Tiefe persönlicher und emotionaler Beziehungen

Es gibt dieses Vorurteil, dass verdeckt ermittelnde Beamt_innen nicht mit in privaten Kneipenrunden abhängen sondern nach Treffen nach Hause oder ins Büro fahren um Bericht zu schreiben; dass sie nicht in Privatwohnungen rumhängen und sie eher auf einer sachlichen statt auf emotionaler Ebene kommunizieren etc. Dass dem nicht so ist, sollte eigentlich schon lange klar sein, nicht erst seit den Fällen Mark Kennedy, nicht erst seit Simon Bromma, Kirsti Weiß, Iris Plate oder sonstigen öffentlicht bekannt gewordenen verdeckten Ermittler_innen.
Die Beamtin Maria Böhmichen hat an Kampagnen- und Gruppentreffen, Diskussionen und vielfältigen öffentlichen Demos und Aktivitäten teilgenommen. Teilweise hat sie diese mit organisiert. Doch der entscheidende Punkt, warum sie in gewisse Strukturen gekommen ist, war nicht nur, dass sie ein Leben als linke Aktivistin führte – der Entscheidende Punkt war, dass ihr vertraut wurde.
Durch angeblich oder tatsächlich engere Freundschaften und mindestens ein sexuelles Verhältnis verschaffte sie sich einen umfassenden Einblick in die Wohnungen und das Privatleben von Aktivist_innen. Ihr wurde u.a. vertraut, da sie sich nie, als Einzelperson präsentierte. Bei diversen Projekten präsentierte sie sich als Freundin von anderen Menschen, denen schon vertraut wurde. Dass die von ihr präsentierten Freundschaften teilweise gar nicht so eng waren, wie sie es öfters darstellte, wurde erst im Nachhinein klar, als sich unterschiedliche Leute, die mit „Maria Block" zu tun gehabt hatten, schließlich zusammensetzten, um diese Geschichten auszutauschen.
Die Beamtin Maria Böhmichen brachte beim Kennenlernen neuer Leute Namen von Aktivist_innen ins Gespräch, mit denen sie angeblich dicke sei. Zusätzlich brachte sie schon zu Anfang ihres Einsatzes in der Hamburger Szene z.B. zu ihrem „Einstiegs-Event" auf dem Alternativen Hafengeburtstag 2009 einen unauffälligen, szenig wirkenden „Freund" mit Dreadlocks und Polit-Shirt mit. Dass ihn niemand kannte war egal – das Signal war: „Ich habe bereits Politfreunde und bin keine Neue". Dieses Sich-in-Kontext-Setzen ist scheinbar insoweit aufgegangen, als dass es bei Aktivist_innen die schützende und oft als Arroganz verstandene Zurückhaltung neuen Leuten gegenüber gebrochen hat und zu einem schnellen und unspektakulären Einstieg in die Hamburger Szene geführt hat.
Über die Herstellung einer emotionalen Ebene wurden durch die Beamtin Maria Böhmichen Schein-Freundschaften mit Aktivist_innen aufgebaut. Dies geschah bspw. über viel gute Laune, freundschaftliche Umarmungen und viel Zeit für private Treffen. Abgerundet wurde das „private" Engagement mit netten Mails an andere Aktivist_innen mit Formulierungen wie „hey süße", „küsschen, Maria" und sogar „ich habe letzte Nacht von dir geträumt"-Geschichten. Sie lud oft auf ein Bierchen im Park ein, organisierte Reiseverbindungen und Theaterkarten für eine ganze Gruppe oder gemeinsame Kochabende bei anderen sowie auch in ihrer Wohnung. Als sie von ihrer Einzimmerwohnung in der Julius-Ertel-Strasse 13 in Wilhelmsburg in eine in der Langbehnstrasse 19A in Bahrenfeld umzog, ließ sie ihre „Freund_innen" die Umzugskisten schleppen, lud alle zur Einweihungsparty ein und sagte diese aber kurz vorher ab. Partys oder Konzerte waren generell nicht ihr Ding, aber sie verbrachte regelmäßig Abende mit anderen Aktivist_innen in der Kneipe.
Dieser Mix aus freundlich sein, mit anderen im Park abhängen, kochen, Treffen pushen, Spiele-Abende machen, regelmäßig in die Kneipe gehen, Geburtstagsgeschenke organisieren – all das ist doch tatsächlich Teil einer banalen Alltäglichkeit. Und mit genau dieser Alltäglichkeit wuchs das auf Gegenseitigkeit vermutete Vertrauen.

Die von der Beamtin Maria Böhmichen gezielt aufgebaute freundschaftliche Ebene zu Aktivist_innen umfasste wie selbstverständlich sensible Fragen nach dem privaten Alltag und dem Befinden ihres Gegenübers, dies schließt persönliche Probleme und Beziehungsgeschichten mit ein.
Ein solcher Ein- und Angriff auf die Privatsphäre von Aktivist_innen durch eine Polizeibeamtin ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen.

5 Nachbetrachtungen

Grundsätzlich ist wichtig zu sagen, dass es über all die Jahre keinen uns bekannten Verdacht gegen „Maria Block" gab. Ihr plötzliches und totales Abtauchen war wohl ab und an mal Thema aber weiter gingen Gespräche nicht. Erst im Nachhinein sind einige Punkte aufgetaucht bzw. bewusst geworden, die als Indizien hätten gelten können. Alleinstehend haben sie jedoch nicht zu einer Verdächtigung geführt.

5.1 Hätte sie nicht schon früher auffliegen können?

Die Beamtin Maria Böhmichen trainierte Kickboxen in der Fachsportschule Wübke in der Gaußstrasse 128 in Altona, wo sonst niemand von uns trainierte. Sie arbeitete angeblich alleine als private Hilfe zur Pflege einer alten Frau bei einer Familie in Rahlstedt, wo sie immer mit der S-Bahn hinfuhr, eine Ecke wo wir uns nicht rumtreiben.
Sie hat, wenn sie wegfuhr, öfters behauptet, ihre alte Freundin in Halle zu besuchen, verbrachte dort angeblich auch mehrere Wochen und brachte diese Freundin ein einziges Mal mit auf eine private Geburtstagsparty nach Hamburg. 2009 brachte sie einmal über mehrere Tage den besagten „szenigen Freund" mit zum Hafengeburtstag, sonst haben wir keine_n aus ihrem Leben kennen gelernt, der_die nicht aus der Hamburger Szene war. Vielleicht hätte uns das stutzig machen können. Andererseits trifft dies auf viele Menschen zu, die sich ausschließlich in politisch-aktivistischen Kreisen bewegen – aus welchen Gründen auch immer.

Es gibt weitere Punkte, die aufgetaucht sind: Einige Personen ordnen ihr zu, sie habe einige Zeit in Berlin gewohnt. Dieselben haben vom angeblichen Leben in Lübeck allerdings nichts gehört.
Als Menschen mit ihr einmal im Zentrum Lübecks unterwegs waren, war für die Kneipe wo sie angeblich gearbeitet haben soll plötzlich „keine Zeit".
„Maria Block" gab ja an, nicht gern über „ihre" Familiengeschichte zu sprechen und bezog sich auf die Schmerzhaftigkeit des Themas. Wie oben beschrieben behauptete die Beamtin Maria Böhmichen, dass alle Familienmitglieder, außer einer Tante, tot oder in Frankreich seien. Da sensible Menschen Rücksicht darauf nehmen, wurde dann kaum noch darüber geredet.
Bei ihrem Aufenthalt in Brüssel 2010 war die Beamtin Maria Böhmichen Teil einer Gruppe, die eine Verabredung im Büro eines Mitglieds des EU-Parlaments wahrnehmen wollte. Bei der Einlasskontrolle ins Gebäude des Europa-Parlaments, die strenge Taschen- und Ausweiskontrollen umfasst, wurde die Beamtin Böhmichen plötzlich aufgehalten und von Sicherheitspersonal abgedrängt. Nachdem sie die anderen der Gruppe anwies, erst einmal wegzugehen, wurde sie von noch mehr Sicherheitspersonal außer Sichtweite abgeführt und blieb über 40 Minuten verschwunden. Sie kam daraufhin wieder und behauptete aufgrund einer Schere und Kabelbindern, die sie in der Tasche gehabt habe, nicht rein gelassen worden zu sein. Es lässt sich spekulieren, ob sie hier hätte auffliegen können. Wir wissen es nicht.
Die unpersönliche Einzimmerwohnung, die angebliche, schmerzliche Familiengeschichte, der angebliche Job, der eine Erklärung für ihre zeitlich Flexibilität zu sein schien und bei dem niemand genau wusste wo er ist, um nicht plötzlich dort auftauchen zu können, die Ankündigung des Auslandsaufenthalts, die angebliche Enttäuschung über die politischen Aktivitäten und die Szene können im Fall der Beamtin Maria Böhmichen im Nachhinein und zusammen gesehen als Indizien betrachtet werden. Es sind sogar direkte Parallelen zum Fall Iris Plate.

Auch zum Fall Simon Bromma sind Parallelen zu erkennen: z.B. die Einzelwohnung, die Kontaktfreudigkeit, das breite Engagement und die Legende, die neben dem selben Vornamen weitere Überschneidungen mit der Realität hat.

Aber diese Muster sind nicht starr, und die Einsätze individuell zugeschnitten. Kirsti Weiß, die in Hannover verdeckt ermittelte, wohnte in einer WG. Iris führte Beziehungen und machte FSK-Arbeit. Die Beamtin Böhmichen beteiligte sich an strafrechtlich relevanten Aktionen im internationalen Kontext, wie auch Mark Kennedy. Diese einzelnen Punkte können uns helfen, Muster in der Taktik des Einsatzes verdeckter Ermittler_innen zu finden. Besser wäre wir finden sie, bevor wir uns in ihnen wiederfinden.

5.2 Daraus lernen und damit umgehen.

Wichtig für uns ist ein Lerneffekt für unsere Leute und Strukturen. Die Frage für uns bleibt nach wie vor:

Wie können wir uns schützen?

Dass wir hier aufzeigen wie tief die Beamtin Maria Böhmichen jahrelang in der linken Szene verankert war und auf welchen Ebenen gearbeitet wurde, ist um deutlich zu machen zu welchen Mitteln gegriffen wird um Beamte einzuschleusen. Der Auftrag ist dabei tatsächlich zunächst irrelevant. Überlegt euch besser einmal mehr als zu selten, dass ein_e verdeckte_r Ermittler_in gar nicht so weit von euch weg sein muss wie ihr vermutet.
Maria Böhmichen ist nach Iris Plate die zweite Beamtin, deren Einsatz in Hamburg innerhalb des letzten Jahres öffentlich wurde. Der Zufall spielt bei Enttarnungen seit jeher eine große Rolle. Verlasst euch nicht auf Zufälle. Macht es euch bewusst. Aber werdet nicht paranoid.
Lernt euch kennen und redet miteinander. Vertrauen ist wichtig und es dauert, dieses aufzubauen. Bleibt aufmerksam, denn verdeckte Ermittler_innen werden mit Legenden ausgestattet, die sehr authentisch wirken können.

Das Wissen was unsere Szene zu verdeckt agierenden Polizist_innen hat ist diffus und zerstreut. Auch wir können an manchen Punkten eher Vermutungen anstellen, als Faktenwissen präsentieren. Im Zweifelsfall lohnt es sich jedoch, Fragen zu stellen und selbst authentische Biografien unabhängig zu überprüfen.

Wir möchten an diesem Fall zwei unterschiedliche Szenarien diskutieren, die nicht vermischt werden sollten:
Einerseits gibt es die Verifizierung von Informationen über Personen, denen Vertrauen entgegengebracht werden soll. Andererseits gibt es die Recherche über einen konkreten Verdacht gegen eine Person, eventuell Polizist_in o.ä. zu sein.

Nur weil man als Aktivist_in eventuell über den persönlichen Hintergrund gefragt werden sollte, heißt es nicht dass man verdächtigt wird. Seid nicht beleidigt, seht eine solche Situation lieber als notwendigen Schritt zum Schutz eigener Strukturen vor Leuten an, die da nicht hingehören.

Die Überprüfung einer Biografie beinhaltet einige Eckpunkte, die bei jeder Person nachprüfbar sein sollten. Ansatzpunkte für eine Recherche bei Verdächtigungen könn-

ten sein: Was sind Ungereimtheiten im aktuellen Leben der verdächtigten Person? Was erzählt sie wo sie herkommt und was sie gemacht hat. Zu welcher Arbeitsstelle geht die Person heute angeblich und arbeitet sie dort tatsächlich? Welche Arbeitsstelle hatte sie nach dem Ende der Schulzeit? (Irgendwann muss eine mehrjährige Ausbildung bei der Polizei ja gemacht worden sein). Wer sind aktuelle szenefremde und ehemalige Freund_innen, die die präsentierte Geschichte verifizieren könnten? Wo wohnt die Familie, wo ist die ehemalige Schule, gibt es ehemalige Mitschüler_innen und was wissen die eventuell über die fragliche Person? Ehemalige Wohnorte und Sportvereine/ Hobbys sind interessant um eventuell Nachbar_innen oder Menschen des Vereins befragen zu können.
Hier wird es keinen Katalog geben. Für den Fall einer konkreten Verdächtigung muss eine Überprüfung stattfinden, das ist der einzige Weg mit der Verdächtigung verantwortungsbewusst umzugehen.

Überlegt euch gut und behutsam wie vorgegangen werden soll, wer in die Recherche einbezogen werden soll. Informiert euch z.B. mit Hilfe der Veröffentlichungen zu bisherigen Enttarnungen. Teilt der betreffenden Person bei einem für euch guten Ergebnis fairerweise mit, dass ihr euch über sie informiert habt.
Wir liefern an dieser Stelle keine Antworten, das ist uns bewusst. Das Ziel sollte jedoch sein, dass wir die Antworten gemeinsam finden.
Mögliche Reaktionen auf aufgedeckte Einsätze verdeckter Ermittler_innen: parlamentarische Untersuchung und Rechtsklagen

Der Vollständigkeit halber erwähnen wir an dieser Stelle, dass wir bis heute nie informiert wurden, dass wir im Rahmen irgendeiner Ermittlung jahrelang überwacht wurden. Das wundert uns nicht, ist es doch gängige Praxis der Überwachungsbehörden und ihrer Scherg_innen.
Trotzdem macht es Sinn, über eine Thematisierung des ekelhaft-grenzüberschreitenden Einsatzes verdeckter Ermittler_innen in der linken Szene auf der Ebene von z.B. Innenausschüssen nachzudenken, wie es z.B. derzeit beim Fall Iris Plate geschieht. Die Fälle Mark Kennedy und Simon Bromma ziehen bis heute Rechtsklagen von Betroffenen nach sich.

Unsere Recherchen zur Beamtin Maria Böhmichen haben deutlich gemacht, dass die im Zusammenhang mit der Enttarnung der LKA-Beamtin Iris Plate von der Hamburger Innenbehörde abgestrittenen Rechtsverletzungen System haben. So hat Beamtin Böhmichen regelmäßig Privatwohnungen betreten und wie die LKA-Beamtin Plate in mindestens einem Fall unter ihrer Tarnidentität eine intime Beziehung geführt. Hamburgs Innensenator Neumann (SPD) konnte sich im Fall Plate bisher darauf zurückziehen, zum damaligen Zeitpunkt keine politische Verantwortung getragen zu haben. Es ist allerdings deutlich geworden, dass auch unter der politischen Verantwortung Neumanns solche Rechtsbrüche verdeckt tätiger Polizeibeamt_innen polizeilicher Alltag zu sein scheinen.



7 Abschließendes & Kontakt

Sicherlich haben wir nicht alle, die mit der Beamtin Maria Böhmichen Kontakt hatten in die bisherige Aufarbeitung einbeziehen können. Bitte versteht, dass es uns wichtig war den Kreis begrenzt zu halten, um Informationen zu sammeln und verifizieren zu können.
Diese Aufarbeitung ist unvollständig. Wenn ihr weitere Informationen zu "Maria Block" bzw. der Beamtin Maria Böhmichen habt, falls ihr von Aktionen und Veranstaltungen wisst, an denen sie beteiligt war, weitere Fotos habt oder auch mit ihr zu tun hattet, meldet euch!

Es macht eventuell Sinn zu prüfen, ob ihr z.B. Kontakt mit einer der Emailadressen hattet, die sie genutzt hat, vielleicht auch über Mailinglisten. Wenn euch die Inhalte der Kommunikation relevant vorkommen, lasst sie uns gerne geschwärzt bzw. anonymisiert zukommen!

Wir sind für informative wie auch emotionale Gespräche offen und können vertrauliche Unterstützung zu Anwält_innen, Psycholog_innen und zu OutOfAction vermitteln. Ihr könnt euch direkt an uns wenden oder Kontakt zur Roten Hilfe oder zum Ermittlungsausschuss (EA) eures Vertrauens aufnehmen. Der EA Hamburg ist beispielsweise Montags um 19 Uhr zur Sprechstunde im Schwarzmarkt erreichbar oder über https://eahh.noblogs.org. Die Ortsgruppen der Roten Hilfe erreicht ihr über https://www.rote-hilfe.de.
Kontakt: enttarnung2015@riseup.net

Zum Schluss erinnern wir uns noch einmal an den Artikel von 2003, wo die junge Beamtin Böhmichen gerade erst in Hamburg angekommen war: „Sie ist aus Sachsen-Anhalt, hatte sich schon bei der Ausbildung in Berlin darauf eingestellt, in einer anderen Stadt eine neue Existenz aufzubauen.“(s.o.) Das kann sie ja jetzt wohl wieder tun.

Wir sagen:

In Hamburg sagt man Tschüss!

DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

28. Juni 2015
Farbattacke bei Andre Voß (IB)
Nachdem die "Identitäre Bewegung" in Hamburg und Berlin am 28.6. die SPD Geschäftsstellen "besetzten" um ihre rassistische Propaganda zu verbreiten, wurde in der gleichen Nacht eine direkte Antwort darauf gefunden. Das Wohnhaus in dem sich Andre Voß regelmäßig aufhält wurde mit Farbe makiert und die Eingangstür erlitt Glasbruch. Voß ist Mitglied der "Identitären Bewegung" Hamburg und hatte diverse Kontakte zu Neonazis, wie beispielsweise Tobias Glombitza (Balaclava-Küche) und Thorsten de Vries (Organisator der Nazidemo am 12.9.).

Der ausgebildete Erzieher, jobbt nebenbei in Bergedorf bei Saturn.
Andre Voß und Kathrina Himstedt
Ilenbrook 2
21107 Hamburg-Wilhelmsburg

Andre Voß
Grashofweg 13
21039 Hamburg-Bergedorf



15. Juli 2015
Buttersäureanschlag auf Mövenpick-Hotel
aus der Mopo:

Der ätzende Geruch war Angestellten des Mövenpick-Hotels im Sternschanzenpark in der Hotelbar aufgefallen. So riecht Buttersäure. "Wir haben dann schnell festegestellt, dass die Flüssigkeit in der von außen in die Lüftungsanlage des Hotels geschüttet worden war", bestätigte Ute Koch vom Mövenpick-Hotel den Vorgang. Danach sei die Lüftungsanlage sofort ausgestellt worden, um eine weitere Verbreitung des Gestanks zu verhindern.
Gegen 23.30 Uhr traf die Feuerwehr ein. Die Einsatzkräfte waren mit einem Löschzug und dem Umweltdienst vor Ort. Viel machen konnten sie nicht. Buttersäure ist eine bei Zimmertemperatur farblose Flüssigkeit, die auch in sogenannten Stinkbomben ist. Sie lässt sich nur sehr schwer entfernen. Das Hotel hat noch in der Nacht mit der Neutralisierung begonnen. "Wir haben die notwendigen Laugen im Haus", sagte Marketingmanagerin Koch. Die Aktion habe etwa fünf Stunden gedauert.
Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Eine Sofortfahndung verlief ohne Ergebnis. Das 2007 eröffnete Vier-Sterne-Haus war schon in der Umbauphase Ziel etwa von Farbbeutelanschlägen. Der historische Wasserturm liegt in einem Park, den die Bewohner des alternativen Stadtteils nutzen.. "Allerdings hatten wir in den vergangenen drei Jahren Ruhe", sagte Koch.



:: AKTIONEN :: SPLITTER DER NACHT

20. Juli 2015
Zwei Mobilfunkmasten angezündet

a1 bei mümmelsmannsberg, a7 bei bahrenfeld: zwei mobilfunkmasten brannten in der nacht: partieller stillstand des netzes, unterbrechung des datenflusses, kontrollverlust der macht. die macht ist heutzutage nicht mehr in parlamenten oder konzernzentralen verortet, auch wenn diese noch immer wichtige symbole der macht sind. ein abgebranntes parlament oder eine zerstörte konzernzentrale ist zwar ein starkes symbol, dieses erschüttert die macht derjenigen, die uns regieren, jedoch wenig. die macht liegt in den beziehungen und in den verbindungen zwischen den objekten. die macht liegt also in der infrastuktur, die es jeden tag, jede stunde, jede minute ermöglicht, dass dieses ausbeuterische und unterdrückende system so weiterlaufen kann und noch mehr profit erzielt werden kann. in den aktuellen verhältnissen unterstützt die infrastruktur – aufgebaut und unterhalten von den herrschenden – vor allem dem erhalt und dem ausbau der herrschaft.
die alltägliche kontinuität der kapitalistischen gesellschaft ist abhängig vom ununterbrochenen fluss von waren, menschen, informationen und energie. der begrenzte nutzen, den die meisten davon haben, verdeckt nur, dass er hauptsächlich dafür genutzt wird die herrschende ordnung durchzusetzen und ihre reichweite und kontrolle auszudehnen.
ein aspekt der kontrolle ist überwachung. diese wird im internet zeitalter von nsa/bnd/bka/etc durch die massive sammlung von persönlichen daten, aufenthaltsorten und profilen ausgebaut und verfeinert. dabei sind die mobilen telekommunikationsanbieter willige helfer und profiteure. jede möglichkeit wird genutzt, diese datensammlung zu erweitern, jeder anlass als alibi ausgeschlachtet. so wie nach dem terroristischen anschlag auf charlie hebdo erneut der ruf nach einer weiterreichenden speicherung von telekommunikationsdaten laut wurde.



hiermit möchten wir den vernetzten alltag ein stück weit durchbrechen und etwas raum zum nachdenken schaffen – eine kleine verschnaufpause vom ununterbrochenen blick auf das smarte phone.
nicht die technik ist es, die wir ablehnen, aber ihr einsatz für profit, überwachung, kontrolle, ihre ausnutzung durch die machtnetze.

wir rufen dazu auf, sollte olympia nach hamburg kommen, während der spiele die gesamte hamburger infrastruktur anzugreifen: straßen und autobahnen zu blockieren, kreuzungen lahmzulegen, den zugverkehr durch technische mittel wie kabelbrände zum erliegen zu bringen, glasfaserleitungen zu kappen, die weißen telefonkästen an jeder straßenecke aufzubrechen und die kabel rauszureißen, mobilfunkmasten zu sabotieren, geldautomaten zu verkleben – denn nichts ist so angreifbar, wie die infrastruktur der macht. überall. an jeder ecke. heute. morgen. wenn olympia nach hamburg kommt.
machen wir ihre infrastruktur zu ihrem disaster.

ag-laufmasche

13. August 2015
Beschädigung an CDU-Wahlkreisbüro

Steine und Antirassistische Parolen für ein CDU-Wahlkreisbüro in Hamburg-Bramfeld

24.August 2015
HH: SOLIDARITÄTS-ANGRIFFE ZUM BEGINN DES BREITE STRAßE PROZESSES

Von Sonntag auf Montag den 24. August wurde das Haus des Breite Straße Besitzers und das zuständige Architekturbüro in der Bernstorffstraße angegriffen. An die Wand wurde "Breite Straße" und das Besetzungs-Symbol gesprüht. Die Scheiben wurden mit Steinen eingeworfen und Farbe flog gegen die Fassade. Flyer mit folgendem Text wurden auf die Straße geworfen:
"WIR LASSEN DIE BESCHULDIGTEN DES BREITE STRASSE PROZESSES NICHT ALLEINE!
FÜR JEDE REPRESSION GEGEN SELBSTBESTIMMTES HANDELN SOLLEN DIE PROFITEURE NICHT RUHIG SCHLAFEN KÖNNEN!
SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!"
Am 25. August fängt der Prozess gegen die für die Breite Straße Besetzung Beschuldigten an und mit unseren Aktionen wollen wir unsere Solidarität mit ihnen ausdrücken.
Das Breite Straße Haus, das vor einem Jahr besetzt wurde, steht seit 2007 leer. Das Haus und das Vorgehen des Besitzers sind eines von vielen Beispielen von Luxussanierungen und der damit verbundenen Aufwertung und Verdrängung. Ein Teil einer Stadt und eines Systems für Reiche.
ZEIGEN WIR UNS SOLIDARISCH: IM GERICHTSSAAL, AUF DER STRASSE, IN DEN NÄCHTEN!

Fünf Jahre nach Rostock: Ein Blick zurück im Zorn

Nach den Ereignissen von Heidenau in den letzten Tagen, haben wir uns dazu entschieden einen im Antifaschistischen Infoblatt geschriebenen persönlichen Rückblick von 1997 zu dokumentieren, der fünf Jahre nach den Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen geschrieben wurde. Das Wesentliche war zu dem Zeitpunkt bereits gesagt: Das Ausmaß dieses inszenierten Pogroms, dieses politisch gewollten Angriffs auf eine wehrlose Minderheit, ist längst beschrieben, der Skandal war nicht zuletzt im AIB 20a (November/ Dezember 1992) und dem Film "The trues lies in Rostock" ausführlich dokumentiert worden.

Eines ließen die hektischen Wochen seinerzeit nicht zu: kritisch zu betrachten, wie die radikale Linke sich verhielt, den eigenen Anteil und das eigene Versagen völlig zu begreifen. Denn sofern man von einzelnen Ereignissen spricht, war das Pogrom sicherlich eine der bedeutendsten Niederlagen der deutschen Linken nach 1945. Unmittelbar nachdem am Sonntag, dem 23.8.1992, die ersten Übergriffe vom Vorabend bekannt geworden waren, machten sich in verschiedenen Städten Norddeutschlands und in Berlin dutzende von Leuten auf den Weg nach Rostock. Ihre Absicht war, nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres – den Angriffen in Hoyerswerda, Mannheim und anderswo – weitere Pogrome zu verhindern.

Am Nachmittag hatten sich sechzig oder mehr Personen zusammengefunden und berieten, was zu tun sei. Damit keine Missverständnisse auftauchen: Hier standen Leute, die seit Jahren mit militanten Auseinandersetzungen vertraut waren, die in anderen politischen Bereichen und z.T. für weit unwichtigere Fragen lange Gefängnisstrafen oder ihre Gesundheit riskiert hatten, und die nicht prinzipiell Gewalt ablehnten. Aus Lichtenhagen erreichten Augenzeugenberichte das Plenum. Während die Antifas zum Teil noch anreisten, hatten sich bereits wieder erste Gruppen jugendlichen Mobs zusammengefunden, waren aber noch wenig entschlossen.

Aus dem Haus, in dem die VietnamesInnen lebten, kamen Anrufe, die von neuen Angriffen berichteten. Für das jämmerlich unentschlossene Plenum stellte sich die Frage, was nun zu tun sei. Einzelne, gerade diejenigen, die schon vor Ort gewesen waren, plädierten dafür, vor das Haus zu ziehen und weitere Angriffe durch Präsenz zu verhindern, nötigenfalls auch mit Gewalt zurückzuschlagen. Es war eine realistische Einschätzung, dass zumindest die Chance bestand, hiermit die Situation grundlegend zu ändern. Es bestand tatsächlich die Möglichkeit, eine Eskalation der Übergriffe zu verhindern, was unabsehbare Folgen für die weiteren Ereignisse hätte haben können.

Damit bestand aber in diesen zwei oder drei Stunden die reale Chance, die kommende Pogromwelle bereits zu ihrem Auftakt zu unterbinden. Von der Mehrheit des Plenums wurde allerdings die Angst geäußert, dass man gegen den tobenden Mob keine Aussicht habe und die Gefahr bestehe, gelyncht zu werden. Diese Angst war sicher verständlich und wohl nicht ganz unbegründet. Doch die wenigen, die offen für ein sofortiges, direktes Eingreifen stimmten – und ich bekenne, dass ich selbst nicht zu ihnen gehörte — erklärten, dass es Situationen gebe, in denen man dann im Zweifelsfall bereit sein müsse, die entsprechenden Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Als Weiße und als geschlossene Gruppe sei unsere Situation allemal sicherer als die der eingeschlossenen Flüchtlinge und Vertragsarbeiterinnen. Seit Jahren hatte man mit moralischen Argumenten Zivilcourage eingefordert, den schweigenden AugenzeugInnen etwa des 9. November 1938 zurecht vorgeworfen, durch ihr Zusehen mitschuldig zu sein.

Nun, selbst in eine vergleichbare Situation geraten, war die Angst um den eigenen weißen Hintern offenbar größer. Den moralischen Ansprüchen entsprach kein Bewusstsein darüber, wie man sich in der konkreten Situation selbst zu verhalten habe. Weder hatten wir uns selbst als Faktor der Geschichte ernst genommen, noch hatten wir uns ernsthaft klargemacht, dass in solchen Situationen im Zweifel auch Gefahr für unser eigenes Wohlergehen bestehen kann. Angst als dumpfes Gefühl unterscheidet sich von Furcht – einer rationalen, sachlich begründeten Risikoeinschätzung. Angst entsteht dort, wo eine Situation unvertraut ist; seit den Erfahrungen von Hoyerswerda hätten wir uns aber zumindest theoretisch mit den Notwendigkeiten und Gefahren angesichts eines Pogromes vertraut machen können. Ich schreibe dies, weil ich – mehr als in anderen Situationen – hier ein großes konkretes Versagen der Linken angesichts einer echten historischen Verantwortung sehe, das ich außerdem für ein ganz persönliches Versagen halte.

Denn obwohl ich die Forderung, sofort in Lichtenhagen einzugreifen, für das einzig Richtige hielt, hatte ich nicht den Mut, dies auch offen zu sagen. Ich bin auch nach wie vor der Überzeugung, dass wir echte Chancen hatten, den Mob zu verscheuchen. Wenn Gefahr drohte, dann sicher – wie der weitere Verlauf des Abends zeigte – durch die Polizei, die offenbar den Auftrag hatte, das Pogrom in jedem Falle stattfinden zu lassen. Übrigens nahmen Menschen mit weit weniger entwickeltem antirassistischen »Bewusstsein« als unserem, die Gefahren in Kauf. Ständig waren Deutsche im Haus, die durchaus Gelegenheiten zu individueller Flucht hätten nutzen können. Das Plenum entschied sich für eine Geste der Hilflosigkeit, für eine Demonstration im sicheren Hinterland des Pogroms. Explizit wurde erklärt, dass dieser Schritt weniger gefährlich sei…

Reaktionen

Natürlich war es richtig, zunächst die Verantwortlichen an dem Pogrom, die durch ihre Aktivitäten und ihre Hetze Schuldigen zu benennen, und so schnell wie möglich vor Ort eine zweite und größere Demo zu organisieren. Wir vergaßen darüber, dass man auch durch Unterlassung mitschuldig werden kann. Dem Mob, vor dem wir aus Angst versagten, hat die radikale Linke denn auch nie verziehen. Die Reaktion war mehr als verblüffend. Wie kaum ein anderes Ereignis zeigte doch gerade das Pogrom von Rostock, dass der rassistische Mob für sich selbst genommen nichts ist, zur Gefahr erst dann wird, wenn seine Taten geduldet werden.

Das Pogrom entstand – nachweislich! – genau an dem Tag und Ort, wo die politisch Verantwortlichen es wollten; wo eine Bürokratie, welche Menschen verwaltet wie Dinge, die Situation aus Berechnung eskalieren ließ; wo eine zynische, selbstgefällige und unverantwortliche – hier passt das hässliche Wort – Journaille die Hetze aufgegriffen und verbreitet hatte. Sobald Politik und Bürokratie ihr Ziel – die faktische Abschaffung des Asylrechtes – erreicht hatten, als die Angriffe auf andere Immigrantinnen begannen, den vermeintlichen »sozialen Frieden« zu stören, und als das Ansehen Deutschlands im Ausland litt, gelang es den drei Gruppen Politik, Bürokratie und Presse, den Mob der Pogromhelden wieder zur Ruhe zu bringen.

Der Mob ist immer eine diffuse Masse von individuellen Feiglingen, die die Gelegenheit und den Mangel an Widerstand ausnutzen.

Wer dies nicht glaubt, muß sich nur noch einmal die Filmaufnahmen in »The trues lies in Rostock« (dt.: »Die Wahrheit liegt/lügt in Rostock«) ansehen. Sie sind in den selben Minuten entstanden, als wir einige Kilometer entfernt unsere Ängste besprachen. Man kann sie als Lehrbeispiel für die Entstehung von Pogromen und die Zusammensetzung des Mob betrachten. Hier bekommen die z.T. sehr jungen Schaulustigen, die jeweils sehr unentschlossenen Grüppchen die Pflastersteine von einigen einzelnen Aufheizern regelrecht in die Hand gedrückt. Dann freilich, und weil niemand sie an ihren Taten hindert, putschen sie sich immer mehr auf, die Meute wächst an, um sich ein paar Tage nach den Übergriffen vollständig aufzulösen, als ob es sie nie gegeben hätte. Schuld an den Übergriffen trägt nicht nur der Mob, sondern eine ganze Gesellschaft.

Aber ob wir mögen oder nicht – dazu gehören nicht nur diejenigen, die jubeln oder unbeteiligt zuschauen, sondern auch diejenigen, die aus Angst gelähmt sind, also auch wir. Indes, die antirassistische Bewegung flüchtete sich in Theoreme vom prinzipiellen Rassismus der Deutschen, in undifferenzierte Beschuldigungen, bei denen die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von aktiven Brandstiftern, jubelnden Zuschauern, journalistischen Stichwortgebern und bürokratischen Schreibtischtätern zu einem einzigen »nationalen Konsens« verwischt wurden, während die eigene Unterlassungsschuld nie und nirgends offen thematisiert wurde. Sehr bequem.

Für die Zukunft müssen wir die Lehre ziehen. Statt stets und überall verbal mit radikalen Parolen um uns zu werfen, statt in jedem Einzelereignis die Nagelprobe zu wittern, müssen wir lernen zu erkennen und zu unterscheiden, wann eine echte historische Verantwortung besteht, wann der Lauf der Dinge von unserem Handeln und Unterlassen tatsächlich mit beeinflusst wird. Dann müssen wir aber auch in der Lage sein, im entscheidenden Moment das richtige zu tun. Zu dieser Fähigkeit gehört es, sich in seinem eigenen Bewusstsein darauf einzustellen. Dass wir selbst dabei Schaden nehmen können, sollten wir uns deutlich vor Augen halten. Wir sollten aber auch lernen, dass es Situationen gibt, in denen wir uns nicht mehr aussuchen können, was wir wie machen. Dann heißt es eben: Hier ist die Rose, hier tanz!



12.09. Solidarisch handeln Nicht einen Tag den deutschen Patrioten!

Internationalistische Vorabenddemonstration:

11.09. | 19 Uhr | S Sternschanze -- "Von Kurdistan bis Hamburg:
Faşizme Karşı Omuz Omuza! - Schulter an Schulter gegen Faschismus! "
Lasst uns in Hamburg gemeinsam am Abend des 11.09. unter dem Motto: Faşizme Karşı Omuz Omuza! auf die Straße gehen und uns am 12.09. entschlossen der rassistischen Hetze entgegenstellen!

Für den 12. September 2015 planen Nazis, Rechtspopulisten und rechte Hooligans einen „Tag der deutschen Patrioten", zu dem sie bundesweit nach Hamburg mobilisieren. Damit knüpfen sie an die rassistischen Aufmärsche der vergangenen Monate von HoGeSa und Pegida an und wollen auch hier ihre rassistische und nationalistische Hetze auf die Straße tragen. Doch wir sagen gemeinsam mit vielen antifaschistischen Kräften: No Pasaran – sie kommen nicht durch!

Internationale Solidarität statt Rassismus und Konkurrenz!
Die antifaschistische Bewegung ist heute gefragt, an mehreren Fronten zugleich einzugreifen. Zum einen müssen die Versuche von (neuen) Rechten, eine Massenbewegung aufzubauen, gestoppt werden. Das gleiche gilt für die Etablierung einer politischen Kraft wie der AfD, die Diskurse weiter nach rechts verschiebt und zunehmend zur parlamentarischen Verlängerung der nationalistischen Bewegungen auf der Straße wird. Zum anderen gilt es der herrschenden Politik, die sich an der Verwertungslogik des Kapitals orientiert, entgegenzutreten und die Kämpfe von Geflüchteten für Bleiberecht, vernünftige Unterbringung und gegen rassistische Ausgrenzung zu unterstützen. Das bedeutet auch, deutlich Position gegen die heutige Kriegspolitik, die Militarisierung der EU-Außengrenzen und einen rassistisch gefärbten Krisendiskurs zu beziehen. Mit einer internationalistischen Praxis, die die politischen und sozialen Kämpfe hier und anderswo aufeinander bezieht und grenzüberschreitende Solidarität übt, lässt sich die nationale Beschränktheit aufbrechen.

Die Pogromstimmung und Brandanschläge der vergangenen Monate machen aber auch klar, dass die Abwehr von Angriffen des rassistischen Mobs akute Aufgabe antifaschistischer Politik bleibt. Nun aber die Bevölkerung in Dörfern und Städten, in denen sich rassistische Anwohner*innen versammeln, kollektiv zur modernen Volksgemeinschaft zu erklären, führt in eine Sakgasse. So nachvollziehbar dieser Impuls gegen die deutsche Realität im ersten Moment sein mag, so fatal sind die politischen Folgen. Wenn es der Linken nicht gelingt vor Ort mit fortschrittlichen Menschen in Kontakt zu kommen, Strukturen aufzubauen und mit emanzipatorischen Inhalten rechten Demagogen das Wasser abzugraben, bleiben die Erfolgsaussichten antifaschistischen Handelns begrenzt.

Auf Dauer gilt es wieder dahin zu kommen, den verschiedenen reaktionären Strömungen den sozialen und politischen Raum in dem sie sich bewegen streitig zu machen. Dort wo die radikale Linke stark ist, können wir frühzeitig dafür sorgen, dass nationalistische und faschistische Entwicklungen gar nicht erst aufkommen. Wenn wir in der Nachbarschaft, im Betrieb oder dem Fußballverein präsent und in sozialen Kämpfen aktiv sind, entziehen wir rechten Ideologien langfristig die Basis. Der Aufbau linker Gegenmacht in allen Bereichen verhindert nicht nur das weitere Umkippen der bürgerlichen Gesellschaft ins Reaktionäre, sie drängt auch die Bedingungen zurück, unter denen Menschen überhaupt erst zu Nazis und Rassisten werden. Solange wir aber soweit noch nicht sind, gilt es jeden öffentlichen Auftritt von Nazis, Nationalisten, Rechtspopulisten und anderen Arschlöchern konsequent zu verhindern. Dafür werden wir am 12.09. sorgen und den Aufmarsch blockieren, stören und stoppen!

Safety first!
Einige Aspekte die nicht häufig genug betont werden können:
– Seid in (großen) Bezugsgruppen unterwegs!
– Achtet auf einander!
– Habt entsprechende Kleidung dabei, um euch gegen Fotograf_innen der gegnerischen Seite, aber auch gegen Bullen und andere Unsymphaten zu schützen! = Vermummt euch!
– Keine Fotos! / Keine Videos!

11.09.: Rote Flora - Letzte Infos - 20.30



anti-atom

Das Uran muss in der Erde bleiben – Urantransporte durch Hamburg stoppen!

Streckeninspektion am 13.09. / Zugbegleitung am Tag X

Seit vielen Jahren ist der Hamburger Hafen die zentrale Drehscheibe Deutschlands im internationalen Atomgeschäft. Jährlich werden hier beinahe 10.000 Tonnen Uranprodukte aller Art umgeschlagen. Seit rund zwei Jahren versuchen verschiedene Gruppen diese Transporte sichtbar zu machen. Mit Transparenten, die von Magneten gehalten wurden, wurden Schiffe als Uranfrachter markiert; es wurden unangemeldete Terminalinspektionen durchgeführt, bei denen sich dutzende von Menschen auf die Suche nach Urancontainern machten und sich ein Versteckspiel mit dem Werkschutz lieferten. Doch es wurden 2014 auch zwei Transporte über Stunden gestoppt, zum einen mit einer Ankettaktion, zum anderen mit einer Abseilaktion. Mittlerweile versucht sich der Süd-Westterminal durch das Entfernen der Schiffsmeldungen von ihren Webseiten vor unliebsamer Beobachtung zu schützen.

Genau diese Transporte sollen Mitte September in den Fokus gerückt werden. Über den von C. Steinweg betriebenen Terminal wurden 2013 z.B. 25% des namibianischen Urans umgeschlagen, mit dem Ziel Malvesie in Frankreich. In dieser Konversionsanlage bei Narbonne wird das Uranerzkonzentrat in Urantetrafluorid umgewandelt – der erste Schritt zur Urananreicherung. Malvesie ist die einzige derartige Anlage auf dem europäischen Festland, was vor allem an der militärischen Relevanz dieses Produktionsschrittes liegt. Obwohl dieser Produktionsschritt für die Herstellung konventioneller Brennelemente unabdingbar ist, gibt es weltweit nur eine handvoll derartiger Anlagen, denn sie befinden sich alle in der Hand von Atommächten (+Kanada). Unabhängig von den militärischen Aspekten der Urankonversion, sind die Transporte von Uranerzkonzentrat der erste Schritt in einer langen Kette von Transporten, und damit die erste Möglichkeit in die Brennstoffspirale einzugreifen. Um die aus dem Anti-Atom-Widerstand in Australien und Kanada stammende Forderung „Das Uran muss in der Erde bleiben" umzusetzen, bietet es sich natürlich an, direkt die Transporte aus den Uranabbaugebieten anzugehen, und nicht zu warten, bis aus ihnen Atommüll geworden ist, der nach Gorleben oder wo auch immer hin verfrachtet werden soll.

Um die Transporte zumindest öffentlich zu machen, haben sich zahlreiche Gruppen entlang der bekannten Transportstrecken verabredet, den ersten Urantransport über Hamburg nach Malvesie öffentlich ab dem 12.9.zu begleiten.

In Hamburg, Buchholz, Bremen, Münster, Köln, Koblenz, Trier und Malvesie werden Gruppen mit verschiedenen Aktionen auf den Transport aufmerksam machen.

In Hamburg beginnen die Aktivitäten schon vor dem Tag X. Da die Transporte direkt durch die S-Bahnstation Wilhelmsburg und an der Umweltbehörde vorbei laufen, lädt das Hamburger Bündnis gegen Urantransporte (atomtransporte-hamburg-stoppen.de) am Sonntag den 13.9. zu einer ersten Streckeninspektion ab 15 ein. Los geht es an der Umweltbehörde, dem buntgestreiften Gebäude direkt am IGA-Gelände gegenüber der S-Bahnstation.
Der Transporttermin lässt sich jetzt noch nicht genau bestimmen, aber es scheint unwahrscheinlich, dass wir mehr als ein bis zwei Wochen warten müssen, denn statistisch finden derartige Transporte mehrmals im Monat statt. Am Tag X wird es eine Versammlung im Bereich des S-Bahnhofes Wilhelmsburg geben, um dort die AnwohnerInnen zu informieren und den Transport lautstark zu begleiten – kreative Aktionen sind willkommen.

Auf der Seite atomtransporte-hamburg-stoppen.de wird der Transport sicherlich zwei bis drei Tage vorher bekannt gegeben, also schaut dort ab dem 12.9 immer mal wieder rein.

Leave uranium in the ground!

Flora Termine September / Oktober

Fr 04.09. 23 Uhr
Party
Bass Forward The Revolution meets Bristol Meth
Main Floor (Dark & Hard Drum 'n' Bass): Giana Brotherz (Basswerk, Köln), Riseab (Void, Berlin), Ki-Chigo (Deathrowkidz Rec., Celle), Dr Woe (BFTR/The Outrider Crew), TTU (The Outrider Crew/Bassboje).
Bristol Meth Floor (Dubstep/Jungle): Love The Cook (Shift), Mr. Eightball (Bass in your Face/Liquid Concrete), Lui (Bash Up Cru).

Sa 05.09. 21 Uhr
Kein Tag der deutschen Patrioten
Mobi-Konzert gegen den Naziaufmarsch am 112. September.
Mit: Nesthocker Music & Doc Sleiwas & Kid Karu (Hip Hop aus HH), Jennifer Gegenlaufer, Caval.
Aftershow-Party im Jolly Roger.

Do 10.09. 20 Uhr
Konzert
Dawn Ray'd - Black Metal/Punk aus Liverpool/Leeds
Nervöus - HC/Screamo/Punk aus Berlin

Mo 21.09. 20 Uhr
Konzert
Free Throw - Emo/Punk/Indie aus Nashville/USA
+ Rika - Indierock aus Österreich

Mo 28.09. 20 Uhr
Konzert
RVIVR - Punkrock aus Olympia/USA
+ Naive - Punk aus Koln

Mi 14.10. 21 Uhr
Konzert
Christian Mistress - Heavy Metal aus Olympia/USA
+ Magister Templi -Heavy Metal aus Oslo

Sa 24.10. 12 - 21 Uhr
D.I.Y. Against Profit Fest
Workshops und Vorträge, Zines und Labels, Vinyl, Infostände, veganes Essen und mehr.

Floragruppen

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

druck machen: die siebdruckwerkstattder roten flora existiert seit 1989! nach dem derzeitigen umbau wird die werkstatt in neuen räumen im ersten stock voraussichtlich im winter 2014 wieder eröffnet.

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags und sonntags um 13 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!